

Hansbauer, Peter

Wie aus Innovationen Institutionen werden. Ein Beitrag zum theoretischen Verständnis des Wandels der Heimerziehung in den 80er Jahren

Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 2 (1999) 1, S. 73-97



Quellenangabe/ Reference:

Hansbauer, Peter: Wie aus Innovationen Institutionen werden. Ein Beitrag zum theoretischen Verständnis des Wandels der Heimerziehung in den 80er Jahren - In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 2 (1999) 1, S. 73-97 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-45150 - DOI: 10.25656/01:4515

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-45150>

<https://doi.org/10.25656/01:4515>

in Kooperation mit / in cooperation with:



VS VERLAG

<http://www.springerfachmedien.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

2. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

EDITORIAL	3
SCHWERPUNKT: ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT MEDIZIN – BIOLOGIE	
Georg Hörmann Stichwort: Gesundheitserziehung	5
Frank van Balen Children Born Following In Vitro Fertilization	31
Gert J. Vreeke Die Bell Curve Debatte – Ein Bericht über ihre Neuauflage in der us-amerikanischen Intelligenzforschung	45
Annette Scheunpflug Evolutionäres Denken als Angebot für die Erziehungswissenschaft	59
ALLGEMEINER TEIL	
Peter Hansbauer Wie aus Innovationen Institutionen werden. Ein Beitrag zum theoretischen Verständnis des Wandels der Heimerziehung in den 80er Jahren	73
Christiane Schiersmann/ Heinz-Ulrich Thiel Innovationen in der Familienbildung, Ergebnisse einer bundesweiten Befragung	99
KONTROVERSE	
Christian Niemeyer ‚Allgemeine Sozialpädagogik‘ als Perspektive der Zukunft? Ein polemischer Zwischenruf angesichts von Yvonne Ehrenspecks Versuch, die Sozialpädagogik als eine der Allgemeinen Erziehungswissenschaft bedürftige Teildisziplin auszulegen	115
Yvonne Ehrenspeck Sozialpädagogik und Allgemeine Erziehungswissenschaft – jenseits von Minderwertigkeitskomplex und Schulmeisterei. Eine Replik auf Christian Niemeyer	121
REZENSIONEN	
Bettina Hünersdorf/ Hans Günther Homfeldt Sammelrezension Gesundheitspädagogik	127
Burkhard Schäffer Sammelrezension Qualitative Methoden	134

Peter Hansbauer

Wie aus Innovationen Institutionen werden

Ein Beitrag zum theoretischen Verständnis des Wandels der Heimerziehung in den 80er Jahren¹

Zusammenfassung

Ungefähr seit dem Beginn der 80er Jahre haben sich innerhalb der Jugendhilfe im Bereich der Heimerziehung der Bundesrepublik Deutschland tiefgreifende Umbrüche vollzogen. Ihren sichtbaren Ausdruck fanden diese Umbrüche u.a. im Auftreten völlig neuer, ehemals unbekannter Formen stationärer Unterbringung wie etwa der ambulanten Einzelbetreuung. Ziel dieses Aufsatzes ist es, einen Beitrag zum theoretischen Verständnis der Frage zu leisten, wie sich diese Innovationen innerhalb einer institutionell geprägten Umwelt wie der der Jugendhilfe durchsetzen konnten. Im Unterschied zu gängigen Erklärungen wird hierbei die Durchsetzung neuer Formen wie der ambulanten Einzelbetreuung jedoch nicht als Anpassungsleistung des Systems der Jugendhilfe an veränderte Umweltbedingungen interpretiert, sondern vielmehr als Anpassung an teilweise selbsterzeugte Folgeprobleme. Diese wiederum lassen sich begreifen als das Resultat verschiedener gesellschaftlicher Entwicklungen, die strategiefähigen Akteuren neuartige Chancen zur Durchsetzung neuer Angebote eröffneten.

Summary

How Innovations Become Institutions: A Theoretical Approach to Organizational Change in Residential Care in the 1980s

In the 1980s a period of dramatic changes occurred in residential youth care in the Federal Republic of Germany. These changes are most visible in the appearance of completely new forms of residential care such as out-reach care for adolescents (Ambulante Einzelbetreuung). The aim of this article is to make a contribution to a theoretical understanding of the question of how these innovations could be successfully implemented in an institutional environment such as youth welfare. Conventional explanations view the success of these new forms as an adaptation of the youth welfare system to changes in the environment. Here, in contrast to this view, it will be argued that it is in fact an adaptation to internally produced malfunctions. These malfunctions can be considered as the result of various developments within society, which provided exceptional opportunities for strategic actors to establish their new way of treatment.

1 Einleitung

Das Fremdbild der Jugendhilfe ist häufig noch immer von denjenigen Organisationen geprägt, in denen sie früher vorwiegend erbracht wurde: durch (Erziehungs-)Heime. Deren Zweck läßt sich bestimmen als „Pflege, Betreuung, Versorgung, Erziehung und Therapie

von entweder ‚familienlosen‘ Kindern oder von Kindern/Jugendlichen, deren biologische (ggf. auch soziale) Eltern nicht willig oder nicht in der Lage sind oder für nicht befähigt gehalten werden, die volle elterliche Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder zu übernehmen“ (BLANDOW 1989, S. 276). Im Gegensatz zu den 70er Jahren erfolgt die stationäre Fremdunterbringung von Minderjährigen heute jedoch nicht mehr vorwiegend in großen – auch baulich geschlossenen – Anstaltskomplexen GOFFMAN’scher Prägung, wie sie lange Zeit das (Fremd-)Bild der Heimerziehung bestimmt haben, sondern meist in wesentlich kleineren, auch konzeptionell anderen Organisationsformen.

Weitgehend unter Ausschluß der allgemeinen Öffentlichkeit sind ungefähr seit 1980 tiefgreifende Umbrüche in der Heimerziehung zu beobachten (vgl. BLANDOW 1987a, 1989), die bis heute noch nicht vollständig zum Abschluß gekommen sind: Noch Mitte der 70er Jahre zeichnete HÜSKEN (vgl. 1976) in seiner empirischen Studie ein – für heutige Begriffe – eher bedrückendes Bild der Heimerziehung in der damaligen Bundesrepublik, das noch vorwiegend geprägt war vom Anstaltsdenken vergangener Jahrzehnte.² Auch MÜNSTERMANN (1981, S. 123) resümiert in seiner Untersuchung über die der Diakonie angeschlossenen Heime in Westfalen-Lippe noch, daß „die anstaltsartig überorganisierte Struktur der Heime“ erst in Ansätzen abgebaut worden sei. Und bei einer Auswertung des Heimverzeichnisses des AFET für das Zähljahr 1981 zeigte sich, daß von 761 erfaßten Einrichtungen mit mehr als 20 Plätzen 431 (56,7%) noch keinerlei strukturelle Reformen durchgeführt hatten und die, die begonnen hatten, sich zu reformieren, häufig erst am Anfang ihrer Bemühungen standen, auch wenn zu diesem Zeitpunkt der Trend zur Veränderung bereits deutlich absehbar war (vgl. BLANDOW 1987a, S. 17).

Im großen Stil erfolgten Reformen in der Heimerziehung dann mit dem Beginn der 80er Jahre. Den sichtbarsten Ausdruck fanden diese Reformen in einer organisatorisch-konzeptionellen Ausdifferenzierung und Flexibilisierung unterschiedlicher Formen organisationsförmig erbrachter Ersatzerziehung, in einem Bedeutungsverlust repressiv gestalteter Formen der Unterbringung – sichtbar etwa in der weitgehenden Abschaffung der „geschlossenen“ Unterbringung – sowie dem Auftreten völlig neuer, ehemals unbekannter Formen stationärer Unterbringung. Beispielhaft kann hierfür die erfolgreiche Durchsetzung der ambulanten Einzelbetreuung³ stehen, die unter Bezeichnungen wie „Mobile Betreuung“ (vgl. AREND/HEKELE/RUDOLPH 1986, HEKELE 1989), „Flexible Betreuung“ (vgl. KLATETZKI/WINTER 1990) oder „Ambulant betreutes Einzelwohnen“ (vgl. HEINEMANN/PETERS 1987, HEKELE/HEINEMANN 1988) bekannt geworden ist. In diesem Beitrag soll nun untersucht werden, wie sich die ambulante Einzelbetreuung als neue Form der Unterbringung etablieren konnte, welche Rahmenbedingungen hierfür notwendig waren und wie sich die Veränderung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen auf die Möglichkeit der Verbreitung der Einzelbetreuung auswirkten.

Zwar gibt es inzwischen eine Fülle „praxisnaher“ Beschreibungen verschiedener Formen und Konzepte der ambulanten Einzelbetreuung, explizite Hinweise darauf, wie und unter welchen Bedingungen sich „flexible“ Betreuungsformen wie die ambulante Einzelbetreuung in der Heimerziehung durchgesetzt haben, sind jedoch selten. Interpretiert man diesbezüglich die spärlichen – und häufig impliziten – Hinweise in der sozialpädagogischen Forschung (vgl. z.B. KREFT/LUKAS u.a. 1990, KLATETZKI/WINTER 1990, GALUSKE/TEGETHOFF 1993, WOLF 1995), so scheinen dort die Ursachen für neue Formen der Betreuung vor allem in der „Individualisierung von Lebensläufen“ und „Pluralisierung von Lebenswelten“ gesehen zu werden, wie sie seit BECK (vgl. 1986) immer wieder beschrieben wurden. Diese Veränderungen, so könnte man einen Strang der weiteren Ar-

gumentation zusammenfassen, führten dann bei den betreuenden Sozialarbeitern zu einem Aufbrechen nichthinterfragter, traditionsgebundener Selbstverständlichkeiten und eröffneten damit Chancen auf neue Formen der Betreuung. Der andere Argumentationsstrang fokussiert dagegen stärker die Auswirkungen gesellschaftlichen Wandels auf die Jugendlichen selbst. Hier scheint in der Jugendforschung weitgehend Einigkeit darüber zu herrschen, daß die Diversifizierung von Lebenslagen und Lebenswelten zu einer „Destandardisierung“ (Arbeitsgruppe Bielefelder Jugendforschung 1990) oder „Entstrukturierung“ (FERCHHOFF 1993) der Jugendphase geführt hat. Durch diesen Wandel der Jugendphase – so der zweite Argumentationsstrang – scheint nun das System erzieherischer Hilfen unter Druck geraten zu sein, so daß es sich seinerseits verändern mußte, um auf diesen Wandel adäquat reagieren zu können. In diesem Sinne argumentieren etwa GALUSKE/TEGETHOFF (1993, S. 63), wenn sie feststellen: „Die Folgewirkungen der gesellschaftlichen Modernisierung führten offenbar zu veränderten, sozialpolitisch überformten Lebenslagen, die wiederum das System professionalisierter, personenbezogener Hilfen unter Innovationsdruck setzten.“ Beide Argumentationsstränge betonen also vor allem die Bedeutung neuer Vergesellschaftungsformen, an die sich die Heimerziehung im Sinne einer veränderten Umwelt angepaßt hat.

Theoretisch bleibt die ursächliche Verknüpfung von Innovationen in der Heimerziehung mit den erfolgten Individualisierungs- und Pluralisierungsschüben jedoch unbefriedigend: Erstens wird dabei in der Regel nicht hinreichend reflektiert, daß gesellschaftliche Veränderungen durch Organisationen nicht nur vermittelt, sondern durch sie (mit-)erzeugt werden. Letztere sind damit auch in der Jugendhilfe Medium und Produzent gesellschaftlichen Wandels zugleich, was unweigerlich in die schon bekannte „Henne-Ei-Problematik“ mündet. Zweitens ist es zweifellos richtig, daß gesellschaftliche Bedingungen zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt Chancen für Innovationen eröffnen. Allerdings ist daran nicht schon die erfolgreiche Durchsetzung einer bestimmten Innovation geknüpft, vielmehr lassen vorhandene gesellschaftliche Rahmenbedingungen immer eine relative Bandbreite funktional äquivalenter Alternativen zu (vgl. HEJL 1984). Letztlich wird also die erfolgreiche Durchsetzung bestimmter Betreuungsformen wie etwa der ambulanten Einzelbetreuung durch gesellschaftliche Veränderungen nicht erklärbar, denn diese sind zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung, um die Durchsetzung solcher Innovationen verständlich zu machen. Schließlich haben bereits LUHMANN/SCHORR (1982) auf das strukturelle „Technologiedefizit“ der Pädagogik hingewiesen. Es meint vereinfacht, daß in der Pädagogik zwischen problemverursachenden Faktoren und beobachtbaren Wirkungen keine lineare Kausalität hergestellt werden kann. Gewandelte Lebensstile oder veränderte Subjektstrukturen bei Jugendlichen können also nicht ohne weiteres an spezifische Formen der Betreuung gekoppelt werden, die hinsichtlich ihrer Problemlösekapazität effektiver wären als andere. Inwieweit veränderte Lebenslagen auch zu organisatorischen und konzeptionellen Veränderungen führen, ist deshalb in erster Linie von der Jugendhilfe selbst und ihren (strukturabhängigen) „Wahrnehmungsfiltren“ abhängig, also davon, was sie sehen kann und sehen will (vgl. JAPP 1986, S. 96ff.). Erst wenn veränderte Lebenslagen Jugendlicher von relevanten Akteuren in der Jugendhilfe, beispielsweise den kommunalen Jugendämtern, tatsächlich wahrgenommen werden, sind Veränderungen innerhalb der Heimerziehung möglich und wahrscheinlich. In diesem Fall ist es jedoch nicht die Analyse von empirisch zu beobachtenden Veränderungen in der Lebensphase Jugend, die theoretisch weiterführt, sondern die Frage, wie solche empirischen Beschreibungen durch verschiedene Akteurgruppen in der Jugendhilfe strategisch

genutzt werden. Zwangsläufig verschiebt sich dadurch aber der Fokus der Analyse weg von den Jugendlichen und hin zu eben diesen Akteuren.

Die Ursachen für die Durchsetzung von Innovationen wie der ambulanten Einzelbetreuung dürften damit zwar auch mit den genannten gesellschaftlichen Entwicklungen zu tun haben, insofern diese vor allem einem allgemeinen Bedeutungsverlust repressiver Formen der Unterbringung Vorschub leisteten; in erster Linie dürfte die Erklärung für die Durchsetzung der ambulanten Einzelbetreuung aber darin zu suchen sein, daß mit den gesellschaftlichen Veränderungen seit den 60er Jahren innerhalb der Jugendhilfe Prozesse angestoßen wurden, deren Folgen sich als dysfunktional für das gesamte System erwiesen haben und deshalb angegangen werden mußten. Dies bot wiederum strategiefähigen Akteuren neue Möglichkeiten zur Durchsetzung eigener Handlungspläne. So betrachtet erscheint dann die erfolgreiche Durchsetzung der ambulanten Einzelbetreuung nicht als Anpassung der Heimerziehung an veränderte Umweltbedingungen, sondern vielmehr – im Sinne einer geschlossenen Dynamik – als eine Anpassung an selbsterzeugte Folgeprobleme, die im Rückgriff auf Innovationen wie die ambulante Einzelbetreuung bewältigt wurden. Diese Argumentation soll nun im folgenden in Form eines zweistufigen genetischen Erklärungsmodells weiter ausgearbeitet und entwickelt werden.⁴

2 Zentrale Konzepte und handlungstheoretische Vorannahmen

Folgt man GIDDENS (1992, S. 60), so ist Handeln „ein kontinuierlicher Prozeß, ein Strom, in dem die reflexive Steuerung, die ein Individuum vornimmt, fundamental für die Kontrolle des Körpers ist, die Handelnde während ihres Alltagslebens gewöhnlich ausüben.“ GIDDENS unterscheidet dabei zwischen Handlungsmotivation, Handlungsrationalisierung und der reflexiven Steuerung des Handelns und vermeidet damit, Handeln lediglich im Sinne einer bloßen Exekution internalisierter Werte oder eindeutig umrissener Motive zu begreifen. Motive sind in der Regel vielfältig, variabel und häufig dem Akteur selbst unbekannt; klare Konturen erhalten sie erst in konkreten Situationen oder durch die Notwendigkeit, Erklärungen für Handeln abzugeben (vgl. JOAS 1992, S. 13). Gleichzeitig verfügen Akteure über ein theoretisches Verständnis ihres Handelns, d.h. sie besitzen „als integralen Aspekt dessen, was sie tun, die Fähigkeit zu verstehen, was sie tun, während sie es tun“ (GIDDENS 1992, S. 36). Nur so vermögen sie ihr Verhalten intentional – im Sinne selbstreflexiver Kontrolle – zu steuern. Von dieser Fähigkeit zu trennen sind aber sowohl die (unerkannten) Handlungsbedingungen als auch die (unbeabsichtigten) Handlungsfolgen, denn absichtsvolles Handeln setzt weder voraus, daß die Bedingungen des Handelns genau durchschaut werden, noch, daß die Wirkungen tatsächlich den ursprünglichen Absichten entsprechen; entscheidend ist vielmehr, daß der jeweils Handelnde glaubt – in günstigen Fällen sogar weiß –, daß eine Handlung eine besondere Eigenschaft oder Wirkung hervorbringt und dieses Wissen nutzt, um eben diese beabsichtigte Wirkung oder Eigenschaft hervorzubringen (vgl. GIDDENS 1992, S. 61). Die so erzeugten (kollektiven) Handlungsfolgen zu einem Zeitpunkt X bilden dann wiederum die Handlungsbedingungen zu einem zeitlich nachfolgenden Zeitpunkt Y und so fort. So wie hier beschrieben bleibt absichtsvolles Handeln aber immer noch konturlos. Es muß deshalb weiterhin bestimmt werden, was ihm Konturen oder zumindest eine bestimmte Richtung verleiht.

Absicht hat etwas mit Wollen zu tun. Wendet man sich nun genauer dieser „Wollens“-Dimension zu, so geht SCHIMANK (vgl. 1995), aufbauend auf (alltagsweltlichen) empirischen Beobachtungen, davon aus, daß Akteure oftmals versuchen – unterhalb der Oberfläche vielfältigster substantieller Interessen – ihre reflexiven Interessen zu befriedigen. „Reflexiv sind solche Interessen, die sich auf die generellen Bedingungen der Möglichkeit der Realisierung spezifischer substantieller Interessen beziehen“ (SCHIMANK 1995, S. 85). Es handelt sich dabei also um Interessen, deren Gegenstand wiederum Interessen sind. SCHIMANK selbst führt drei Richtungen an, in die diese „reflexiven Interessen“ zielen können: Erstens streben Akteure oftmals danach, die Reichweite der eigenen Interessenrealisierung auszudehnen, um ein möglichst breit gefächertes Spektrum an substantiellen Interessen realisieren zu können; zweitens streben Akteure oftmals danach, Dominanz in einer gegebenen substantiellen Interessensphäre zu erreichen und versuchen deshalb, eine Monopolisierung von Befugnissen in der entsprechenden Interessensphäre zu erreichen; drittens schließlich streben Akteure häufig danach, die Kontrolle über die eigene Interessenrealisierung zu erweitern und die eigene Entscheidungsautonomie zu erhöhen. Wie bereits angedeutet, sind Erfolg oder Mißerfolg bei der Befriedigung reflexiver Interessen – d.h. mögliche Handlungsfolgen – wenn auch nicht ausschließlich, so doch wesentlich durch das bei einzelnen Akteuren unterschiedlich ausgeprägte theoretische Verständnis ihres Handelns bestimmt.

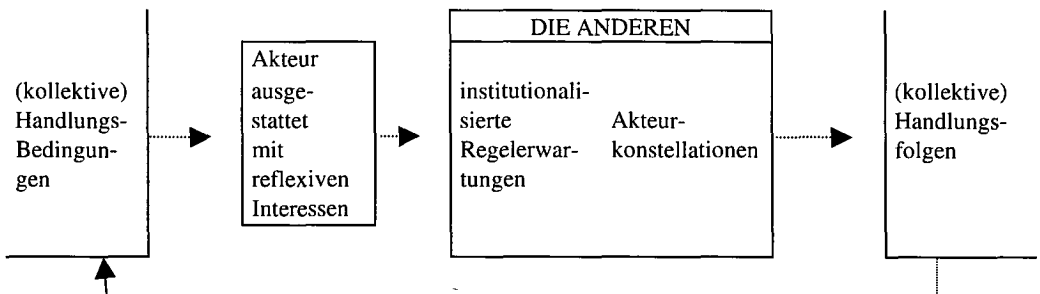
Versucht man dieses theoretische Verständnis näher zu beschreiben, so gilt es zunächst, diejenigen Variablen zu skizzieren, die reflexive Interessen spezifischen Begrenzungen unterwerfen bzw. sie in spezifischer Weise überformen und ihnen damit Kontur verleihen. Denn erst vor dem Hintergrund einer solchen Begrenzung – d.h. der Überführung unbegrenzter Möglichkeitshorizonte in begrenzte Handlungsoptionen – sind kalkulierte Wahlhandlungen von Akteuren möglich (vgl. SCHIMANK 1988, S. 623). SCHIMANK (1995) spricht in diesem Zusammenhang von der „Könnens“-Dimension, die die prinzipielle Unbestimmtheit des Wollens in ihrer Gestalt bestimmt.⁵ In einem allgemeinen Sinne sind mit dieser „Könnens“-Dimension immer die anderen gemeint, die entweder real oder imaginär – im Sinne antizipierten Handelns – dem eigenen Wollen eine Richtung geben. D.h. die Verfolgung reflexiver Interessen wird durch handlungsprägende oder handlungsfähige Sozialsysteme,⁶ die entsprechend ihren Konstitutionsbedingungen und spezifischen Handlungserwartungen unterscheidbar sind, entweder gehemmt oder gefördert. Unterschiedliche Sozialsysteme oder Ebenen von Sozialsystemen halten also unterschiedliche Möglichkeitshorizonte für Handeln bereit. In diesem Sinne läßt sich dann unter einem theoretischen Verständnis von Handeln sowohl die Kenntnis der jeweiligen Systembedingungen verstehen als auch die darüber hinausreichenden Handlungsbedingungen, etwa im Sinne von empirisch zu beobachtenden gesellschaftlichen Veränderungen.

Auf einem mittleren Generalisierungsniveau sind sowohl handlungsprägende als auch handlungsfähige Sozialsysteme durch institutionalisierte „Regelerwartungen“ bestimmt, die sich in ihrer je spezifischen Ausprägung und ihrem Zusammenspiel unterscheiden (vgl. auch MAYNTZ 1988). So wies schon PARSONS darauf hin, „daß es normative Muster gibt, die die ‚legitimen Erwartungen‘ anderer Akteure hinsichtlich der Handlung des betreffenden Individuums festlegen“ (PARSONS 1994, S. 218f.). Diese Erwartungen steuern – im Sinne von Regeln – über weite Teile das Handeln von Akteuren, indem sie in bestimmten sozialen Situationen entweder positiv bestimmen, was als angemessen, oder negativ, was als unangemessen gilt. „What is appropriate for a particular person in a particular situation is defined by political and social institutions and transmitted through socialization“ (MARCH/OLSEN 1989,

S. 23). Institutionalisierte Erwartungen können dabei unterschiedliche Modalitäten annehmen: als informale Setzungen, wie etwa Sitten oder Umgangsformen, formalisiert als Rechtsnormen oder Verfahrensregeln oder sowohl formal als auch informal, etwa im Sinne von Mitgliedschaftserwartungen in Organisationen oder als Rollenanforderungen gegenüber Professionellen. Im allgemeinen haben diese Regelerwartungen eine doppelte Erwartungsstruktur: als Handlungserwartung und als Erwartung der Übernahme der diesen Handlungserwartungen zugrundeliegenden „Glaubensvorstellungen“, denn erst durch letztere erhalten erstere einen sozialen Sinn (vgl. SCOTT 1994). In der Regel wirken solche institutionalisierten Erwartungen limitierend auf die Verfolgung reflexiver Interessen ein: entweder, weil sie latent bleiben, d.h. als „taken-for-granted“ behandelt werden (vgl. ZUCKER 1977) und so zu unerkannten Handlungsbedingungen werden, oder weil Abweichungen von diesen Erwartungen negativen (sozialen) Sanktionen unterliegen. Erst die Sanktion macht dann die „Normalität des Alltäglichen“ sichtbar und wirkt auf diese Weise stabilisierend auf institutionalisierte Erwartungen zurück (vgl. DURKHEIM 1961).

Aber nicht alle Bereiche des sozialen Lebens sind durch institutionalisierte Erwartungen gleichermaßen bestimmt, und selbst da, wo solche Regeln bestehen, sind diese oftmals noch so unspezifisch, daß noch immer vielfältige Kontingenzspielräume⁷ bestehen. Unterhalb der Ebene institutioneller Ordnung wird die „Wollens“-Dimension deshalb weiterhin durch Akteurkonstellationen (vgl. SCHIMANK 1996, S. 244) bestimmt. Diese ergeben sich daraus, daß sich bestimmte Absichten in sozialen Kontexten nicht allein verfolgen lassen, sondern Chancen auf eine Realisierung häufig nur dann bestehen, wenn andere in Kooperationszusammenhänge miteinbezogen werden. Auch wird jeder Akteur in diesem Fall gut daran tun, die (potentiellen) Reaktionsweisen anderer Akteure – im Sinne der eben beschriebenen „reflexiven Interessen“ – bei seinem eigenen Vorgehen in Rechnung zu stellen. Akteure prägen also wechselseitig ihr Handeln, so daß aus der Sicht einzelner Akteure andere Akteure zu Strukturkomponenten ihres Handelns werden. Handlungsinstruktivität gewinnen Akteurkonstellationen aber vor allem durch ihre Fiktionalisierung, d.h. durch die wechselseitige Unterstellung, daß sich Akteure entsprechend den jeweiligen Abstraktionen der Situation verhalten werden. Durch dieses antizipative Überziehen sowohl der empirischen Evidenz der Situation als auch des prognostischen Erfahrungsansatzes erfolgt eine Annäherung an die unterstellte Handlungslogik, wodurch wiederum die Passung der Fiktion bestätigt wird, so daß die entsprechende Fiktion für die Zukunft beibehalten werden kann. Die Fiktion wirkt also in hohem Maße als sich selbst erfüllende Prophezeiung (vgl. SCHIMANK 1988, 1995). In der Abbildung 1 sind die eben beschriebenen Zusammenhänge noch einmal graphisch dargestellt.

Abbildung 1: Modellannahmen über die Selektion von Handeln



3 Die „klassische“ Heimerziehung als institutionelle Ordnung: Funktion und Strategien des Umgangs mit Folgeproblemen

Die „klassische“ Anstaltserziehung, wie sie noch bis in die 70er Jahre hinein das Bild der Heimerziehung – wenn auch nicht ausschließlich – prägte, zeichnete sich idealtypisch dadurch aus, daß sie ihre Klientel als soziale Objekte⁸ weitgehend ignorierte und sie statt dessen als „Fälle“ – d.h. als Symptomträger ohne persönliche Eigenschaften – wahrnahm. Erst eine solche „Transformation“ in der Wahrnehmung ermöglichte jenes Maß an Standardisierung des Tagesablaufs, das in solchen Anstalten üblich war.⁹ Sichtbar wurde dieses Standardisierungsmoment beispielsweise in der Dominanz konditionaler Entscheidungsregeln, die unabhängig von einzelnen Personen für alle Insassen galten.¹⁰ D.h., wenn beispielsweise eine bestimmte Regelübertretung erfolgte, dann erfolgte auch eine vorab definierte Form der Sanktion. Bestimmte Regelverstöße der Klientel waren also über institutionalisierte Entscheidungsregeln unmittelbar mit bestimmten Sanktionen gekoppelt. Ihren sozialen Sinn bzw. ihre Legitimation gewannen diese Entscheidungsregeln, wie STAHLMANN (vgl. 1994) herausgearbeitet hat, vor dem Hintergrund zeitabhängiger Leitbilder: Solche Leitbilder lassen sich begreifen als selbstverständliche und nicht hinterfragte Deutungs- und Interpretationsmuster, die zumindest in Teilbereichen der Heimerziehung gedanklich unendliche Möglichkeitshorizonte in begrenzte Handlungsoptionen überführen.¹¹

Da solche Leitbilder immer an einem (idealisierten) Bild gesellschaftlicher Realität orientiert waren, transportierten sie zwangsläufig Vorstellungen von biographischen Normalverläufen und Verhaltensstandards, auf die hin Jugendliche innerhalb des Heims verändert werden sollten. Erziehungsziele, wie sie in der traditionellen Fürsorgeerziehung kollektiv vorausgesetzt wurden, waren deshalb in erster Linie auf Anpassung an eine fiktive „Normalität“ außerhalb der Einrichtung abgestellt.¹² Dies insbesondere auch deshalb, weil die Klientel, nachdem sie die Einrichtung durchlaufen hat, ein Leben in der Gesellschaft führen sollte. Das bedeutet, „daß die psychische Veränderung in ihrem Sinne den Organisationskontext überschreitet und auf die externe soziale Wirklichkeit bezogen ist. Psychische Veränderungen erfolgen also, weil der Klient in die Gesellschaft integriert [bzw. reintegriert; P. H.] werden soll“ (PLAKE 1981, S. 22).

Mit Blick auf einzelne Mitarbeiter in diesen Einrichtungen übernahmen diese Leitbilder in erster Linie Entlastungs- und Orientierungsfunktionen, da sie vorgaben, was war und was sein sollte. Sie reduzierten damit die reale Komplexität der Welt, weil sie innerhalb eines spezifischen Bezugssystems begrenzten, was legitimerweise gewollt werden konnte, welche Erziehungsziele und -methoden zulässig waren und welche anderen Aspekte bei der Entscheidungsfindung dementsprechend vernachlässigt werden konnten. Ihre vordringliche Funktion war damit die der Unsicherheitsabsorption. Die Frage der „richtigen“ Erziehungsmethode oder des „richtigen“ Erziehungsziels blieb damit im Alltag weitgehend latent, weil sowohl bestimmte Umgangsweisen als auch bestimmte, kollektiv geteilte Sichtweisen, die sie legitimierten – z.B. die, den Jugendlichen *nicht* als eigenwillige Person wahrzunehmen –, in Form von Regelerwartungen im System institutionalisiert waren.

Werden solche Leitbilder und die sie konkretisierenden Handlungsrouninen allerdings zu eindeutig auf Anpassung und Sozialdisziplinierung abgestellt – wie es historisch der Fall war –, dann geraten Erziehungsorganisationen in ein strukturelles Dilemma; denn „wird das

deviante Verhalten [des Klienten; P. H.] zum alleinigen Ziel der normalisierenden Intervention, kommt es häufig zum sofortigen Zusammenbruch der Vertrauensbeziehung“ (JAPP 1986, S. 89). D.h. einseitig angewandte Änderungsstrategien sind immer dem Risiko der Verweigerung auf der anderen Seite ausgesetzt, denn Interventionen in bewußt personenverändernder Absicht sind immer „bilaterale“ Vorgänge und setzen die Mitarbeit des Klienten voraus. Das strikte Durchhalten von Leitbildern, die sich in repressiv-kustodialen Routinen manifestieren, birgt deshalb ein hohes Risiko sozialisatorischer Ineffektivität; es konfrontierte die Fürsorgeerziehung deshalb mit Folgeproblemen, die im Widerspruch stehen zum Ziel der „Normalisierung“ des Lebens nach der Fürsorgeerziehung. Um angesichts dieser möglichen Folgen nicht die sinngebenden Leitbilder selbst zu gefährden, mußten diese Folgen in die Latenz abgedrängt werden: Sie durften von der Organisation gar nicht gesehen werden, um die eigene Handlungsplausibilität nicht zu untergraben.

Bis in die jüngste Zeit hinein reagierten Erziehungsorganisationen auf dieses strukturelle Dilemma in zweierlei Weise: erstens mit dem Versuch, die nicht-intendierten Folgen konditionaler Entscheidungsrouتين systematisch der Klientel zuzurechnen (vgl. auch V. WOLFFERSDORFF 1993, S. 59). Da die vorherrschenden Entscheidungsregeln nicht in Frage gestellt wurden, mußten daraus resultierende Folgeprobleme konsequenterweise allein der Klientel angelastet werden. Weil sie aber der Klientel angelastet wurden, gab es auch keinen Grund, bestehende Entscheidungsrouتين in Frage zu stellen, und so wurden Jugendliche, etwa bei Verstößen gegen anstaltsinterne Regeln, immer weiter nach standardisierten „Wenn-dann“-Entscheidungsmodi behandelt, zumal andere „Entscheidungsprogramme“ im allgemeinen auch nicht zur Verfügung standen. Entweder führte dies – bis zum Verlassen der Einrichtung aus Alters- oder sonstigen Gründen – zu einer (vordergründigen) Anpassung der Jugendlichen an das anstaltsinterne Regelsystem, zur Flucht aus der Anstalt oder dazu, daß Jugendliche, wenn sie aufbegehrten, in eine andere Einrichtung verlegt wurden, in der konditional-repressive Entscheidungsrouتين in der Regel noch stärker ausgeprägt waren (vgl. auch WENZEL 1973, S. 145ff.). Schließlich, wenn diese Jugendlichen sich dann noch immer renitent zeigten, wurden sie „geschlossen“ untergebracht, was einer gefängnisartigen Internierung gleichkam. Da jedoch auch die Zurechnung systemintern erzeugter Probleme auf die Klientel zumindest teilweise mit dem „Normalisierungsziel“ kollidierte, konnte eine solche Zurechnung nicht mit ausschließlicher Konsequenz durchgehalten werden, ohne zugleich Dauerschäden in der Außenwahrnehmung der Einrichtung hervorzurufen.

Eine zweite Strategie war deshalb der Versuch, Formalität und Informalität teilweise zu entkoppeln, um innerhalb der Anstalt die Folgen strikt konditionaler Entscheidungsprogramme abzumildern: Wie beispielsweise GOFFMANS (1961) Beschreibung von „Totalen Institutionen“ exemplarisch deutlich macht, neigen Organisationen dieses Typs dazu, ein ausgeprägtes informales Leben zu entwickeln, um so die Frage tendenzieller Unvereinbarkeiten zwischen den Erwartungen der Klientel und den offiziell artikulierten Erziehungspräferenzen zu entschärfen. Dabei kommt es vor dem Hintergrund einer hierarchisch-autoritären Formalstruktur und klar artikulierter Erziehungsziele – etwa Herstellung von Arbeitsbereitschaft und legale Bewährung – in der direkten Interaktion zwischen Klient und Betreuer ständig zu Kompensationshandlungen („kleine ‚Deals‘“), die verhindern, daß strukturell angelegte Konflikte zwischen beiden Gruppen in aller Schärfe aufbrechen. Gleichzeitig erlauben diese „heimlichen Tauschgeschäfte“ es den Klienten, sich dem totalen Zugriff der Organisation zu entziehen und wenigstens Teile der eigenen Identität zu wahren.

Eine systematische Trennung zwischen Formalität und Informalität läßt sich jedoch nur so lange durchhalten, wie die Informationsflüsse zwischen Organisation und Umwelt durch die Organisation selbst weitgehend kontrolliert werden können, so daß die externe Wahrnehmung dieses Auseinanderfallens nicht zu Legitimationsdefiziten mit möglicherweise ressourcengefährdenden Folgen führt. Allerdings ist die Kontrolle dieser Informationsflüsse an spezifische technische und soziale Voraussetzungen gebunden: Sie setzt beispielsweise das Fehlen elektronischer Kommunikationsmedien (Telefon) voraus, die eine derartige Kontrolle bis hin zur Unmöglichkeit erschweren. Auch die räumliche Abgeschiedenheit erleichtert die Beschränkung von Kontakten zur Außenwelt. Vor allem aber setzt sie die Bereitschaft von ressourcenrelevanten Umwelten – insbesondere von Jugendämtern und Landesjugendämtern – voraus, das Leben im Heim gewissermaßen als „black box“ zu behandeln und so zu tun, als ob mögliche Erfolge der Heimerziehung den dort herrschenden Entscheidungsregeln zuzurechnen wären und Mißerfolge der Klientel selbst.

Erstmals massiv gestört wurde diese (stillschweigende) Akzeptanz durch ressourcenrelevante Umwelten Ende der 60er Jahre, als die Heimerziehung im Gefolge der kritischen Studentenbewegung – ähnlich wie auch die kustodial-repressiven Routinen in Gefängnissen und psychiatrischen Anstalten dieser Zeit – für kurze Zeit in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses rückte. Vor allem in Hessen führten damals die sogenannten „Heimkampagnen“, insbesondere die Auseinandersetzung um die erst 1961 als Musterheim eröffnete Einrichtung des Landeswohlfahrtsverbandes auf dem Staffelberg bei Biedenkopf, zu regen Ausschuß-, Beirats- und Gremientätigkeiten mit dem Ziel, die nun für erforderlich gehaltenen Heimreformen rasch in Angriff zu nehmen (vgl. ALMSTEDT/ MUNKWITZ 1982, S. 29ff.; SCHRAPPER 1990). Aber auch in anderen Bundesländern waren in der Zeit von 1970-72 verstärkte Reformanstrengungen zu beobachten.¹³ Die größtenteils engagierte und wohlwollende Berichterstattung in Presse und Rundfunk tat hierzu das Ihrige. Trotz des öffentlichen Interesses, das allerdings alsbald wieder erlahmte, scheint die Breitenwirkung der Heimkampagnen eher gering gewesen zu sein. So bilanziert zumindest BLANDOW deren Auswirkung zusammenfassend wie folgt:

Die Folgen der Heimkampagnen, einschließlich der offiziösen Reformen in ihrem Gefolge, auch noch für die Gegenwart, werden meines Erachtens allerdings gerne überschätzt. Denn im Ergebnis brachte diese zweite Reformwelle der Nachkriegszeit zwar eine Reihe innovativer Projekte hervor – zu nennen vorrangig die Jugendwohngemeinschaften oder Jugendwohnkollektive –, sie führten auch zu weitgehenden Organisationsreformen, die Modelle blieben quantitativ aber eher belanglos, die Reformen insgesamt beließen das Heimsystem in gesellschaftlicher Isolation. (BLANDOW 1989, S. 283)

Auch wenn also Strukturreformen im großen Stil erst rund zehn Jahre nach den Heimkampagnen einsetzten, waren diese ein wichtiger Impuls, insofern sie, wenn auch zunächst nur punktuell, das oben beschriebene strukturelle Dilemma überdeutlich hervortreten ließen und der eigentlichen Klientel als – im wahrsten Sinne des Wortes – *eigensinnigen* Persönlichkeiten zu Bedeutung verhalfen. Teilweise „pädagogisch verbrämt“ zog sich dieser Streitpunkt wie ein roter Faden durch die – oftmals radikal geführten – Fachdiskussionen der 70er Jahre hindurch. Damit konnten nun aber in der Folgezeit klare Erziehungsziele, die die Interaktion zwischen Mitarbeitern im Heim und ihrer Klientel strukturierten, immer weniger vorausgesetzt werden. Vielmehr mußten diese im Verlauf der Interaktion selbst erst entwickelt werden (vgl. auch JAPP/OLK 1981). Das Ziel von Personenänderungsstrategien war also von da ab immer weniger *ex ante* bestimmbar. Je mehr sich aber eine solche Praxis durch-

setzte, desto heftiger mußte sie zugleich in Widerspruch geraten mit Leitbildern, die noch immer vorwiegend auf Anpassung an eine fiktive Normalität abgestellt waren. D.h. ab dem Moment, wo die Heimerziehung bereit war – auch unter dem zeitweisen Druck der Öffentlichkeit –, ihre Klientel als komplexe Persönlichkeiten wahrzunehmen und deren Interessen und Bedürfnisse nicht mehr in die Latenz abzudrängen, konnte sie auch die Folgen repressiv-kustodialer Routinen immer weniger dieser Klientel zurechnen. Auf diese Weise wurde aber die Kluft zwischen „Sein und Schein“ immer breiter; sie mündete schließlich in eine (partielle) Deinstitutionalisierung bestehender Handlungsprogramme und der sie legitimierenden kognitiven oder symbolischen Deutungsmuster.

Als allgemeine Regel läßt sich also bisher formulieren: Solange es gelingt, die Folgeprobleme bestimmter Handlungsprogramme und der sie legitimierenden „Glaubensvorstellungen“ entweder in den kollektiv geteilten Deutungsrahmen zu integrieren oder in die Latenz abzudrängen, stellen institutionell formulierte Erwartungskontexte innerhalb eines bestimmten Sozialsystems kein allgemein wahrgenommenes Problem dar. In aller Regel werden Akteure deshalb diesen Erwartungen unhinterfragt folgen. Gelingt dies jedoch nicht mehr, weil sich Voraussetzungen geändert haben und bestimmte Folgeprobleme deshalb nicht mehr ignoriert werden können – folglich bestimmte Handlungspraxen mit bestehenden Deutungsrahmen nicht mehr in Übereinstimmung zu bringen sind und diese ihre Funktion des „riddle solving“ verlieren oder im Gegenteil noch mehr Rätsel produzieren –, sind Deinstitutionalisierungs- und Delegitimierungseffekte wahrscheinlich. Die daraus resultierende Verunsicherung eröffnet nun wiederum Institutionalisierungschancen für neue Handlungsprogramme und Deutungsrahmen, die (möglicherweise) besser geeignet sind, Antworten auf ungeklärte Fragen zu geben.¹⁴

4 Veränderte Handlungsbedingungen in den 80er Jahren

Traditionsbrüche vollziehen sich in einem historisch-sozialen Raum, der als „Randbedingung“ in die selbstreflexive Steuerung des Handelns von Akteuren immer mit einfließt. Um deshalb die tiefgreifenden Umbrüche im Bereich der Heimerziehung während der letzten beiden Dekaden verständlich zu machen, ist es zunächst notwendig, näher auf die veränderten objektiven Bedingungen einerseits sowie auf subjektive Bewältigungsmuster des Personals der Jugendhilfe andererseits einzugehen, wie sie seit den 70er Jahren zu beobachten sind. Historisch scheinen diese Jahre in der Jugendhilfe gekennzeichnet zu sein durch das koinzidentielle Zusammentreffen verschiedener gesellschaftlicher Entwicklungen. Diese begünstigten nicht nur die organisatorische und konzeptionelle Ausdifferenzierung der Heimerziehung, sondern auch die Abkehr von repressiv-kustodialen Anstaltsroutinen und eröffneten damit spezifische Gelegenheitsstrukturen für innovatives Handeln. Neben dem Impuls, der von den Heimkampagnen Ende der 60er Jahre ausging und seinen Nachhall in den während der 70er Jahre anhaltenden fachlichen Diskussionen innerhalb der Jugendhilfe fand, scheinen rückblickend vor allem Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und damit zusammenhängende Veränderungen im Bereich der Personalstruktur in der Jugendhilfe zu einer Erklärung des erfolgten „großflächigen“ Strukturwandels der Heimerziehung beizutragen. Um allerdings zu verstehen, weshalb gerade der Bereich der sozialen Berufe relativ sensibel auf diese Entwicklungen reagierte, sind zuvor noch einige kurze Hinweise auf die besondere Arbeitssituation dort notwendig:

Mehr als in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen bietet sich in den sozialen Berufen und besonders der Jugendhilfe für das Personal auf breiter Basis die Chance, durch primärhafte Beziehungen, durch die Möglichkeit der Identifikation mit anderen und die Abhandlung persönlicher Probleme – sowohl der eigenen als auch der des Klienten – eine befriedigende Tätigkeit auszuüben, deren Schwergewicht auf der Interaktion von Personen anstelle von Personen und Sachen liegt.¹⁵ Dieser Umstand macht die Berufsrolle des Mitarbeiters in der Jugendhilfe einerseits vergleichbar mit der des „klassischen“ Professionellen, denn wie dieser verfügt er in hohem Maße über Gestaltungsmöglichkeiten bei der täglichen Arbeit und wie dieser zeichnet er sich durch ein hohes Maß an beruflicher Identifikation aus (vgl. PLAKE 1978, S. 294).¹⁶ Andererseits verfügen professionelle Erzieher/Sozialarbeiter aber über keinen den „klassischen“ Professionen vergleichbaren Fundus an ausbildungsvermitteltem „Regelwissen“. Denn wie schon betont, hat es die Heimerziehung mit „sozialen“ Objekten zu tun, bei denen weder auslösende Faktoren noch beobachtbare Wirkungen über kausale Verknüpfungen unmittelbar zusammengebracht werden können. Damit sind jedoch der Methodisierung von Problemlösestrategien – im Sinne von „Regelwissen“ zur Realisierung angestrebter Ziele –, die über Ausbildung zu vermitteln wären, relativ enge Grenzen gesteckt (vgl. auch SCHÜTZE 1992). Das hohe Maß an intrinsischer Motivation einerseits sowie das Fehlen von technologiebasiertem „Regelwissen“ andererseits macht nun das System der Jugendhilfe in extremer Weise anfällig für Veränderungen kollektiv geteilter Deutungsmuster: Da Handlungsorientierungen vordringlich aus solchen „Glaubensvorstellungen“ abgeleitet werden und gleichzeitig ein Mangel an – salopp formuliert – „technischem Handwerkszeug“ besteht, an dem man sich orientieren könnte, wird durch die Erosion bestehender Leitbilder gleichzeitig die Handlungsplausibilität im Alltag untergraben.

4.1 Veränderungen im Bildungssektor und auf dem Arbeitsmarkt

Die eigentliche Tragweite der Schwächung der bis dahin bestehenden Geltungsgrundlagen der Heimerziehung durch die Heimkritik der 70er Jahre wird aber erst erkennbar, wenn diese in den Kontext von Parallelentwicklungen im Bildungssektor und auf dem Arbeitsmarkt gestellt wird: „In der Mitte der 60er Jahre wich die rückwärtsgewandte, vom Bedürfnis nach Ruhe gekennzeichnete, bildungspolitische Stimmung der Nachkriegszeit dem Bewußtsein, daß dem wirtschaftlichen Aufschwung auch ein geistiger entsprechen müsse, daß die Welt sich mit einer Schnelligkeit verändere, die auch im Bildungswesen nach einer Antwort verlange“ (BECKER 1983, S. 332). Dieser Umschwung leitete im Grunde die Abkehr von einer bedarfsorientierten Bildungspolitik ein, die dann 1970 mit dem Strukturplan des Deutschen Bildungsrates offiziell bestätigt wurde. Dieser „legitimierte die Bildungsexpansion, die damals in vollem Gange war, unabhängig von der Entwicklung des Beschäftigungssystems“ (BECKER 1983, S. 333). Parallel dazu erfolgte seit den 60er Jahren auf Anraten des Wissenschaftsrats der Ausbau des Hochschulwesens.

Die dadurch bedingte Verschiebung relativer Schüleranteile von den Hauptschulen zugunsten weiterführender Schulen¹⁷ sowie der rasche Ausbau einschlägiger Studiengänge an Fachhochschulen und Universitäten, zusätzlich forciert durch die geburtenstarken Jahrgänge aus den „Babyboom-Jahren“ 1960-1964 (vgl. KORTE 1983), führte dazu, daß seit den 70er Jahren verstärkt (sozial-)pädagogisch und sozialwissenschaftlich qualifi-

zierte Fachkräfte auf den Arbeitsmarkt drängten.¹⁸ Zwar konnte dieser Zuwachs an einschlägig (akademisch) qualifiziertem Personal durch eine bis dato unbekannte Expansion von Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich der sozialen Berufe¹⁹ zu einem großen Teil aufgefangen werden, aber allein schon der enorme Zuwachs an Beschäftigten mußte zu einer Schwächung kollektiv geteilter Normbestände und Handlungsplausibilitäten in der Heimerziehung führen, denn die Voraussetzungen für institutionelle Stabilität in sozialen Systemen scheinen immer dann besonders günstig, wenn zugleich personelle Kontinuität in sozialen Verhältnissen gewährleistet ist (vgl. HANSBAUER 1996). Da neu hinzustoßende Mitarbeiter zunächst in soziale Bezüge „einsozialisiert“ werden müssen, erhöht personelle Fluktuation immer das Risiko, daß bestehende Handlungsroutinen nicht mehr als „taken-for-granted“ behandelt werden (können). Allein durch den enormen Beschäftigungszuwachs dürfte deshalb die Bindungskraft und die Intensität kollektiver Erwartungen sukzessive abgenommen haben.

Gleichzeitig kam es jedoch in den 80er Jahren zu einem deutlichen Überangebot an Arbeitskräften bei immer noch steigenden Beschäftigtenzahlen (vgl. dazu ausführlich LEENEN 1992). Der Arbeitsmarkt erwies sich zu diesem Zeitpunkt nicht mehr als hinreichend aufnahmefähig, um das gesamte neu entstandene Arbeitskräftepotential im Bereich der sozialen Arbeit in dem Maß zu absorbieren, wie es ihm durch Hochschulen und Fachhochschulen zugeführt wurde. Parallel zu einem allmählich sich verlangsamenden Beschäftigungswachstum wuchs deshalb die Zahl der Arbeitslosen im Bereich der sozialpflegerischen Berufe. Ab Mitte der 80er Jahre stabilisierte sich deren Zahl auf einem „Sockel-Niveau“ von etwa 50.000 Personen.

Auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarkts mußte in dieser Situation ein gesteigertes Interesse daran bestehen, die ohnehin schon wankenden traditionellen Leitbilder weiter zu demontieren, um auf diese Weise Raum für alternative Konzepte zu schaffen, die oftmals mit Neueinstellungen einhergingen. Hinzu kam – vor allem in den Jahren zwischen 1983 und 1987 – der arbeitsmarktpolitisch gewollte Ausbau von AB-Maßnahmen; allein 1984 betrug hier der Zuwachs 9.000 Stellen auf nun insgesamt 20.000 ABM-Stellen im Bereich der sozialen Dienste (vgl. LEENEN 1992, S. 511). Die Integration in dieses Arbeitsmarktsegment war aber nur durch den Nachweis möglich, daß die neu geschaffenen oder noch zu schaffenden Stellen einen relevanten Beitrag leisteten für die Bearbeitung kollektiver Problembestände. Dies führte nicht nur zu einer verstärkten Problematisierung – und teilweise Skandalisierung – bestehender sozialer Tatbestände, ebenso mußte sich dadurch die Zahl der jugendhilfeintern produzierten Innovationen erhöhen; und zwar um so mehr, als mit den ABM-Stellen nun verstärkt die (zeitliche) Möglichkeit gegeben war, immer neue Handlungsplausibilitäten (z.B. in Form von Konzepten) zu entwickeln. D.h., die Delegitimierung tradierter Normbestände in der Jugendhilfe wurde durch die in Arbeit drängenden „Professionals“ weiter forciert.

4.2 Qualitative Veränderungen des Personals der Jugendhilfe

Betrachtet man aber nicht nur die quantitativen Entwicklungen auf dem Teilarbeitsmarkt der sozialen Berufe, sondern auch die dort seit den 70er Jahren erfolgten qualitativen Veränderungen, so zeichnet sich ein klarer Trend zur *Verberuflichung* (Anstieg der Quote derjenigen Personen, die über eine einschlägige bzw. nicht-einschlägige Berufsausbildung verfügen), zur *Verfachlichung* (Anstieg der Quote derjenigen Personen, die über ei-

ne einschlägige *sozialpädagogische* Ausbildung verfügen), zur *Akademisierung* (Anstieg der Quote derjenigen Personen, die über eine einschlägige oder nicht-einschlägige Hochschulausbildung verfügen) ab sowie zur *Professionalisierung* (Anstieg der Quote derjenigen Personen, die über eine einschlägige Hochschulausbildung verfügen; vgl. dazu ausführlich RAUSCHENBACH/BENDELE/TREDE 1988, RAUSCHENBACH/SCHILLING 1997).

Bilanziert man deshalb die Beschäftigtenzuwächse ausgewählter Berufsgruppen in der Jugendhilfe, so verdoppelte sich in absoluten Zahlen zwischen 1974 und 1990 ungefähr der Anteil der Sozialpädagogen/Sozialarbeiter (FH) von 16.775 auf 35.446 (ihr Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten stieg damit von 7,5 auf 10,6%) und der der Psychologen von 1.867 auf 4.128 Personen (dies entspricht einer Anteilssteigerung von 0,8 auf 1,2%). Noch stärker fällt dieser Zuwachs bei den Diplom-Pädagogen (Uni) aus, für die statistische Angaben erst ab 1982 vorliegen. Hier stieg die Zahl der Beschäftigten zwischen 1982 und 1990 von 2.156 auf 4.578 Personen an; dies entspricht einer Anteilssteigerung von 0,8 auf 1,4% (vgl. RAUSCHENBACH/SCHILLING 1997, S. 42). Zusammenfassend läßt sich weiterhin festhalten, daß in den 80er Jahren nicht nur ein enormer quantitativer Zuwachs an Beschäftigten im Bereich der sozialen Arbeit und in der Jugendhilfe zu verzeichnen ist, sondern sich auch das Qualifikationsniveau deutlich nach oben verschoben hat.

Die „Professionalisierung der Praxis“ im eben beschriebenen Ausmaß wäre jedoch kaum möglich gewesen ohne den Ausbau des Hochschulwesens und, damit zusammenhängend, der Stärkung der (Sozial-)Pädagogik als akademischer Wissenschaft, wie sie etwa in der Einrichtung von Diplom-Studiengängen für Pädagogen seit 1969 oder der Einführung von Fachhochschulen bzw. der Umwandlung von Fachschulen in Fachhochschulen für das Sozialwesen seit 1971 zum Ausdruck kommt (vgl. RAUSCHENBACH 1990, S. 249ff.). Nicht nur mußten viele der Professoren auf nunmehr neu geschaffenen Stellen unter Legitimations- und Profilierungsaspekten ihrerseits ein Interesse an der Ausbeutung der sich bietenden Möglichkeit zur Entwicklung von Alternativen haben, sondern diese hatten auch, bedingt durch ihre berufliche Position, eine erhebliche Multiplikatorwirkung innerhalb der sozialen Arbeit. In dem Maße, wie diese „Multiplikatoren“ nun wiederum neue Entwicklungen aus der Praxis aufgriffen, begünstigten die so erzeugten „Feedback“-Schleifen eine Verstärkung bereits vorhandener Entwicklungsdynamiken.

Folgenreich waren die eben beschriebenen qualifikatorischen Veränderungen für die Heimerziehung deshalb aus zwei Gründen: Zum einen beschleunigten sie eine Homologisierung zwischen Praktikerdiskursen und Diskursen, wie sie zu der Zeit an Universitäten und Fachhochschulen geführt wurden, wo sich, anknüpfend an neue empirische Befunde aus der Jugendforschung,²⁰ theoretisch immer stärker ein Paradigmenwechsel von fixierten zu diffusen Normalitätserwartungen abzeichnete, der sich etwa in einem Wechsel der Generalpräferenz von der „Anpassung“ hin zur „Lebensbewältigung“ (vgl. z.B. BÖHNISCH/SCHEFOLD 1985) manifestierte. Auch von dieser Seite wurden also repressive Unterbringungsformen nun zunehmend delegitimiert und durch qualitativ andere (aushandlungsorientierte) Referenzrahmen pädagogischen Handelns ersetzt. Zum anderen entstand damit in der Praxis der Heimerziehung selbst ein Potential von Personen, das aufgrund seiner akademischen Ausbildung in der Lage war, reflexiv mit der alltagsweltlich erlebten Praxis umzugehen und auf diese Weise alternative Handlungsrationisierungen anzubieten.

4.3 Handlungsbedingungen und kollektive Handlungsfolgen

Natürlich waren die eben aufgezeigten Entwicklungen nicht ungebrochen. Zusammen führten sie aber dazu, daß die bestehende institutionelle Ordnung in Erziehungsheimen, die sich über Jahrzehnte hinweg als relativ stabil erwiesen hatte, nun seit dem Ende der 70er Jahre immer mehr unter Druck geriet, so daß schließlich eine Dynamik in Gang kam, in der die traditionelle Regelpraxis nicht mehr „abgedichtet“ werden konnte gegenüber dem Ansturm neuer Ideen und Konzepte und nun auf breiter Front Reformen erfolgten. Subjektiv mußte sich diese Situation für die dort tätigen Mitarbeiter als eine Veränderung der Rahmenbedingungen ihres Handelns darstellen, an die dann, wie in Abschnitt 2 bereits beschrieben, die individuelle Verfolgung „reflexiver Interessen“ ansetzen konnte. In dem Maße, wie diese Interessen aber individuell befriedigt werden können, erzeugten sie emergente Handlungsfolgen, die nun erneut zu (kollektiven) Handlungsbedingungen wurden. Das historisch zufällige Zusammentreffen der beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungen hatte also, so betrachtet, eine katalytische Wirkung, die zu einer enormen Beschleunigung organisatorischer und konzeptioneller Wandlungsprozesse in der Heimerziehung führte. Schematisch lassen sich die eben skizzierten Zusammenhänge in einer Tabelle zusammenfassen (vgl. Tab. 1).

Tabelle 1: Zusammenfassende Darstellung

Handlungsbedingungen (objektiv)	reflexive Interessen (subjektiv)	Handlungsfolgen (objektiv)
Die Zunahme von Arbeitssuchenden im Gefolge der Bildungsexpansion erhöht die Konkurrenzbedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Gleichzeitig werden vermehrt AB-Maßnahmen geschaffen.	Der Versuch, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, um die Reichweite der eigenen Interessenrealisierung auszudehnen, erhöht die Bereitschaft, die Legitimation bestehender Routinen anzuzweifeln, um auf diese Weise die Notwendigkeit der Schaffung neuer Stellen deutlich zu machen.	Die Bindungswirkung traditioneller Vorstellungen sinkt allmählich; gleichzeitig erhöht sich die Zahl der erzeugten Variationen. Es kommt zu einer Ausdifferenzierung von Angeboten und Leistungen.
Durch den Ausbau des Bildungs- und Hochschulwesens erhöht sich das Qualifikationsniveau der Arbeitssuchenden, die auf den Teilarbeitsmarkt der sozialen Dienste drängen. Diese treffen nun dort auf Mitarbeiter, die teilweise noch von alten Leitbildern geprägt sind.	Der Versuch, die Vorherrschaft in einer gegebenen Interessensphäre zu erreichen, erhöht die Notwendigkeit, sich zu profilieren. Um in den „Grabenkämpfen“ mit den „Traditionalisten“ bestehen zu können, ist es notwendig, immer wieder neue, möglichst einsichtige Handlungsrationisierungen zu erzeugen.	Es kommt zu einem Anwachsen von Konflikten, aber auch zu einer Zunahme plausibler Handlungsrationisierungen; die selbstverständliche Handlungsplausibilität traditioneller Deutungsmuster kann nun immer weniger durchgehalten werden, so daß repressiv-kustodiale Handlungsroutinen allmählich ihre Legitimation verlieren.

5 Innen und Außen: Das „Problem“ bei der Abschaffung der Geschlossenen Unterbringung

Während in der Jugendhilfe aus den eben beschriebenen Gründen also einerseits repressiv-kustodiale Routinen allmählich in Verruf gerieten und ihre legitimatorischen Grundlagen immer mehr verloren gingen, wurde das System der öffentlichen Erziehung andererseits mit Problemen konfrontiert, die eben daraus resultierten. Diese mußten im Rückgriff auf systemintern vorhandene Ressourcen bewältigt werden; damit bot sich den Vertretern der ambulanten Einzelbetreuung eine einzigartige Chance, ihr Angebot durchzusetzen. Vereinfacht entstanden diese Folgeprobleme aus der Kollision interner Selektionsbedingungen mit externen Funktionserwartungen, so daß es innerhalb der Jugendhilfe zu einem „Problemstau“ kam, der insbesondere an den „Grenzstellen“ des Systems – gemeint sind damit Jugendämter und damals noch Landesjugendämter²¹ – zu einer prekären Situation führte. Wie sah nun dieser Problemstau genau aus?

Wie in Abschnitt 3 bereits angedeutet, war die bundesdeutsche Heimerziehung traditionell ein System, das innerhalb seiner Grenzen Jugendliche nach bestimmten Merkmalen selektierte (vgl. auch FREIGANG 1986). Für die hier zur Debatte stehende Durchsetzung der Einzelbetreuung war jedoch weniger die Art der Selektion entscheidend, die vor der ersten Heimeinweisung stattfand, als vielmehr diejenige, die sich häufig daran anschloß und sich durch die allmähliche Ausdifferenzierung der Angebotsstruktur zunächst eher noch verstärkt haben dürfte: Da die unbeabsichtigten Folgen konditionaler („Wenn-dann“-) Entscheidungsprogramme systematisch der Klientel zugerechnet wurden, reagierten Heime auf diese nicht-intendierten Folgen häufig mit Nichtzuständigkeit und drängten auf Verweisung an andere Einrichtungen. D.h. Jugendliche, die in erheblichem Maße nonkonformes Verhalten zeigten, sich als renitent erwiesen und aus der Sicht der Einrichtung als nicht mehr tragbar galten, wurden aus diesen Einrichtungen entlassen und mußten dann in anderen Heimen untergebracht werden. Diese Aufgabe fiel in aller Regel den Jugendämtern bzw. Landesjugendämtern zu, die dann nach einer anderen Einrichtung suchen mußten, die bereit war, diese Jugendlichen aufzunehmen. Oft wiederholte sich dort derselbe Vorgang – häufig verbunden mit zwischenzeitlicher Heimflucht – und der Jugendliche wurde erneut „weitergeschoben“. Am vorläufigen Ende einer solchen „Einrichtungskarriere“ stand dann – sofern der Jugendliche dann nicht bereits die Volljährigkeitsgrenze erreicht hatte und nicht mehr in den Zuständigkeitsbereich der Jugendhilfe fiel – oftmals die „geschlossene“ Unterbringung (vgl. dazu ausführlich v. WOLFFERS-DORFF/SPRAU-KUHLEN 1990).

Diese Verschiebepaxis wurde nun aber massiv gestört durch die eben beschriebenen Veränderungen, durch die repressiv-kustodiale Routinen zunehmend in Verruf gerieten. So wurde schließlich, nach äußerst konfliktreichen internen Auseinandersetzungen, die geschlossene Unterbringung – die extremste Form repressiv-kustodialer Verwahrung – in den 80er Jahre in den meisten Bundesländern allmählich abgeschafft oder faktisch stark eingeschränkt. Man schlug – metaphorisch gesprochen – der vielköpfigen Hydra zunächst jenen Kopf ab, auf dem sich die häßliche Fratze der Repression am augenfälligsten zeigte. D.h. innerhalb der Jugendhilfe als Gesamtsystem wurde schließlich eine bestimmte Form der Leistungserbringung aussortiert, weil diese vor dem Hintergrund der zerfallenden alt-hergebrachten Leitbilder nicht mehr zu legitimieren war und deshalb nicht mehr als leistungsfähig gelten konnte. Damit fehlten jedoch die „natürlichen“ Endstationen in einem

System, das, weil die alten institutionalisierten Praxen ja teilweise noch immer bestanden, renitente Jugendliche weiterhin verschob.

Zu Problemen führte dies vor allem an den Systemgrenzen der Jugendhilfe: Zum einen in den Jugendhilfe- bzw. damals noch Jugendwohlfahrtsausschüssen, wo aufgrund der verfaßten Zweigliedrigkeit des Jugendamts die konfligierenden Erwartungen des politischen Systems mit denen der Jugendhilfe aufeinanderstießen. Zum anderen bei denjenigen Mitarbeitern in Jugend- und Landesjugendämtern mit Außenkontakten, die von Schulen, Medien, Personen aus der Nachbarschaft oder Polizei unter teilweise massiven Handlungsdruck gesetzt wurden. Das Problem bestand also letztlich darin, daß sich gesellschaftliche Funktionserwartungen gegenüber der Jugendhilfe nicht im selben Tempo mitveränderten, wie die internen Legitimationsgrundlagen der etablierten institutionellen Praxis zerfielen, so daß die Konflikte dort, wo die Jugendhilfe mit anderen gesellschaftlichen Teilbereichen zusammenstieß, massiv zunahmen.²² Denn einerseits wurde von der Jugendhilfe noch immer erwartet, daß sie mit allen Arten von „problematischen“ Jugendlichen umzugehen wußte (vgl. ARIELI 1991), andererseits nahm aber die Heimerziehung gerade diejenigen Jugendlichen, die der Gesellschaft am meisten Probleme bereiteten, nur noch widerwillig auf, seit die „geschlossene“ Unterbringung immer mehr zurückgedrängt worden war.

Um den Erwartungsdruck der Öffentlichkeit abzuschwächen und damit massive Legitimationsverluste²³ für die Jugendhilfe selbst zu vermeiden, mußten diese Jugendlichen also in irgendeiner Form durch die Jugendhilfe „bearbeitet“ werden. Man benötigte deshalb Alternativen, die nach außen als mögliche Lösung präsentiert werden konnten, aber gleichzeitig kompatibel waren mit neuen, aushandlungsorientierten und auf diffuse Normalitätserwartungen abstellenden Handlungsmustern, die sich allmählich im Innern der Jugendhilfe konturierten. Da solche Alternativen aber im Sinne von Regelprogrammen zu diesem Zeitpunkt noch nicht zur Verfügung standen, waren vor allem die Mitarbeiter in Jugend- und Landesjugendämtern verstärkt dazu bereit, Innovationen, die eine Lösung für den aufgetretenen Problemstau versprachen, zumindest in Augenschein zu nehmen. Die Art der Lösung war dabei oftmals nachrangig.

Für die ambulante Einzelbetreuung, die im Grunde beide der oben genannten Anforderungen erfüllte, war der eben skizzierte Problemstau ein einmaliger Glücksfall bzw. eine seltene Chance, sich auf Dauer zu etablieren. Allerdings erklärt dieser Problemstau die Durchsetzung der ambulanten Einzelbetreuung noch nicht vollständig: Zum einen bestanden traditionelle Leitbilder – wenn auch schon geschwächt – immer noch fort und wirkten sich hemmend auf die Verbreitung der ambulanten Einzelbetreuung aus; zum anderen sind zu diesem Zeitpunkt noch andere, funktional äquivalente Alternativen entstanden, die sich jedoch nicht vergleichbar etablieren konnten.²⁴ Weshalb, so ist deshalb zu fragen, hat sich gerade die ambulante Einzelbetreuung zu einem Regelangebot in der Heimerziehung entwickelt?

6 Erfolgreich strategiefähige Akteure und Akteurkonstellationen

Schon in Abschnitt 2 wurde darauf hingewiesen, daß „die anderen“ nicht nur in Form von institutionellen Ordnungen auf die reflexive Steuerung des Handelns einwirken, sondern auch in Form von Akteurkonstellationen. Für die Beantwortung der im letzten Abschnitt

aufgeworfenen Frage scheint es notwendig zu sein, sich nun noch einmal eingehender mit dem Zusammenhang zwischen institutionellen Ordnungen und Akteurkonstellationen zu befassen, um so verständlich zu machen, was erfolgreich strategiefähige Akteure leisten müssen, um Innovationen auf Dauer zu stellen. Hierbei ist ein bisher im Kontext der Diskussion um institutionellen Wandel noch wenig reflektierter Bezugspunkt der Verlust von Vertrauen, der mit der Delegitimierung bestehender institutioneller Erwartungskontexte einhergeht. Was ist damit gemeint?

Können die Folgen des eigenen Handelns nur noch bedingt kontrolliert werden, dann sind alle Vorleistungen, die im Hinblick auf die Realisierung bestimmter (reflexiver) Interessen gegenüber anderen erbracht werden, mit Risiken behaftet. Schließlich gibt es keine absolute Garantie dafür, daß die gewünschten Folgen auch tatsächlich eintreten. Dieses Problem der riskanten Vorleistung kann deshalb nur durch den Aufbau von Vertrauen gelöst werden (vgl. LUHMANN 1989). Das Vertrauen wird zunächst nur an einzelne Personen gebunden sein; wenn aber Mitarbeiter in Jugendämtern einzelne Heime belegen, dann können sie unmöglich das ganze Personal dieser oder jener Einrichtung kennen. Dennoch müssen sie darauf vertrauen, daß alles im Heim seinen vermeintlich richtigen Weg geht, d.h. persönliches Vertrauen wird hier durch das Vertrauen darauf ersetzt, daß das System funktioniert, daß es berechenbar ist.²⁵ In diesem Sinne läßt sich von institutionellen Ordnungen nunmehr dann sprechen, wenn „Kontinuitätsversprechungen“ nicht mehr an persönliches Vertrauen, sondern an Systemvertrauen geknüpft sind, so daß nicht mehr individuell geprüft werden muß, ob ich diesem oder jenem vertrauen kann (vgl. LUHMANN 1970).

Geht man nun davon aus, daß im Zuge der erfolgten Reformprozesse und des allmählichen Zerfalls tradierter Leitbilder sowohl Deinstitutionalisierungs- als auch Delegitimierungsprozesse erfolgt sind, so bedeutet dies gleichzeitig eine Erosion des darin angelegten Systemvertrauens. In solchen, beinahe schon anomischen Situationen gewinnen Akteurkonstellationen an Bedeutung: Nur wenn es gelingt, solche Akteurkonstellationen zwischen Akteuren, die ihrerseits mit bestimmten Ressourcen zur Vertrauensbildung ausgestattet sind, auf Dauer zu stabilisieren, so daß dort neue „Institutionalisierungskeime“ entstehen können, die sich durch Gewöhnung allmählich verfestigen, wird mittelfristig eine Umwandlung von persönlichem Vertrauen in Systemvertrauen ermöglicht, auf das später auch andere Akteure aufbauen können.²⁶ Mit anderen Worten: Die Fähigkeit zum Aufbau strategischer Allianzen – als einer bestimmten Form von Akteurkonstellationen – ist eines der entscheidenden Kriterien, das mit über den reproduktiven Fortbestand einer Innovation entscheidet. Zwei Fragen schließen sich unmittelbar an diese Feststellung an: Erstens, was solche strategischen Allianzen zusammenhält, und zweitens, was einzelne Akteure, die solche Allianzen aufbauen wollen, leisten müssen, um diese zu stabilisieren.

Ob es gelingt, eine strategische Allianz aufzubauen, hängt offensichtlich in entscheidendem Maße davon ab, ob zunächst ein Interessenkonsens zwischen verschiedenen strategisch handelnden Akteuren hergestellt und zeitweilig stabilisiert werden kann (vgl. WEYER 1993), so daß diese Allianz in dem Maße, wie sie sich als tragfähig erweist, mit persönlichem Vertrauen „aufgeladen“ werden kann. Zwei Dinge müssen also zusammenkommen, wenn eine solche Allianz über einen längeren Zeitraum aufrecht erhalten werden soll: Zum einen müssen bestimmte (reflexive) Interessen seitens der beteiligten Akteure vorhanden sein, die sich nur interdependent befriedigen lassen oder bei denen zumindest die Chancen auf Realisierung bei einem gemeinsamen Vorgehen deutlich höher liegen als bei alleiniger Verfolgung. Zum anderen müssen Anlässe geschaffen werden,

um Vertrauen zu erweisen; es müssen also Situationen definiert werden, in denen die Möglichkeit zum Vertrauensbruch besteht – beispielsweise durch den Verrat von Geheimnissen –, und zwar in einer Konstellation, in der derjenige, dem Vertrauen entgegengebracht wird, ein gewichtiges Interesse daran haben muß, das in ihn gesetzte Vertrauen zu enttäuschen. Erst wenn solche Möglichkeiten zur beiderseitigen Erprobung gegeben sind, wird der wechselseitige Aufbau von Vertrauen ermöglicht (vgl. LUHMANN 1989, S. 45). Zusammengehalten werden solche Allianzen also zunächst durch ein gemeinsam zu formulierendes Interesse, einen Interessenkonsens, dann aber durch persönliches Vertrauen, das auch Veränderungen in der ursprünglichen Interessenlage überdauert. Dabei scheinen offensichtlich für den erfolgreichen Aufbau solcher Allianzen mindestens vier Eigenschaften der Akteure von Bedeutung zu sein (vgl. HANSBAUER 1999):

1. In diesem Sinne erfolgreich strategiefähige Akteure scheinen – gewissermaßen als Basisqualifikation – in hohem Maße über die Fähigkeit zu verfügen, ein theoretisches Verständnis ihres Handelns und dem der sie umgebenden Akteure mitsamt den dort vorherrschenden intersubjektiv geteilten Rationalitätsunterstellungen zu entwickeln, so daß dieses Verständnis genutzt werden kann, um einen Interessenkonsens – etwa im Sinne einer gemeinsamen Problemdefinition oder eines gemeinsamen beruflichen Aufstiegsinteresses – zu formulieren. Je genauer dabei das Bild ist, das sich diese Akteure von der (Um-)Welt machen, in der sie sich bewegen, und je besser ihre Kenntnis der auf unterschiedlichen Ebenen vorherrschenden institutionellen Regelungsmechanismen und der daraus resultierenden Begrenzungen, Paradoxien und Dysfunktionalitäten sind, desto besser sind darüber hinaus die Möglichkeiten, (reflexiv) steuernd in diese Welt einzugreifen und gestaltend auf den sozialen Kontext von Innovationen einzuwirken.
2. Ferner scheinen sich solche Akteure dadurch auszuzeichnen, daß sie in der Lage sind, die zunächst gegensätzlichen Strategieelemente von Konflikt und Kooperation flexibel und situationsangemessen zu handhaben, um auf diese Weise potentielle Vertrauensgewinne in strategischen Allianzen zu maximieren. Da die Etablierung von Innovationen aufgrund des (noch) Fortbestehens alter Handlungsroutrinen und Denkmuster auch innerhalb von strategischen Allianzen zunächst oftmals von Konflikten begleitet wird, setzt ihre Durchsetzung einerseits ein gewisses Maß an Konfliktbereitschaft und -fähigkeit voraus, um dabei die eigene Position argumentativ – also auf der Ebene von Rationalisierungen des Handelns – zu vertreten. Denn erst wenn Innovationen als solche erkennbar werden, wenn es gelingt, das mit der Innovation verbundene Risiko und zugleich dessen Bedeutung argumentativ darzustellen, besteht die Möglichkeit, Vertrauen zu erweisen. Andererseits setzt der erfolgreiche Verlauf von Institutionalisierungsprozessen aber zugleich voraus, daß Konflikte sich nicht ungeplant ausdehnen – d.h. sozial und zeitlich begrenzt werden –, so daß das möglicherweise gerade erworbene Vertrauen nicht auf diese Weise wieder verspielt wird.
3. Die Chancen auf Stabilisierung strategischer Allianzen scheinen um so höher zu sein, je größer die „symbolische Macht“ (BOURDIEU 1990), die einzelne Akteure – z.B. in Form akademischer Titel oder beruflicher Positionen – als Ressource in diesen Prozeß einbringen können. Denn einerseits erleichtert das in diesen Ressourcen bereits manifeste Systemvertrauen das „Überspringen“ der Vertrauenslücke, die zunächst aus Abweichungen von institutionellen Erwartungskontexten entsteht. Andererseits erhöhen sich damit aber auch die möglichen Verluste im Falle eines offensichtlichen Vertrauensbruchs, so daß der, dem Vertrauen erwiesen wird, im Falle des Scheiterns der Vertrauensbeziehung an-

schließlich unter Umständen schlechter dasteht als bei einem Nichtzustandekommen der Vertrauensbeziehung. Die daraus resultierende Sekundär-Motivation trägt entscheidend zu einer Stabilisierung der Akteurkonstellation bei. Unabhängig davon erhöht die Einbindung symbolisch machtvoller Akteure die Übernahmewahrscheinlichkeit der Innovation durch Dritte, da symbolische Macht, wie bereits betont, Systemvertrauen repräsentiert. Mit anderen Worten, es macht für die Verbreitung von Innovationen einen Unterschied, ob sie von einem Fachverband mit hundertjähriger Tradition oder einem kleinen, weithin unbekannten Verein gestützt wird, ob sie vom Leiter eines Jugendamts oder einem Sozialarbeiter an der Basis akzeptiert wird.

4. Schließlich scheinen sich in diesem Sinne erfolgreich strategiefähige Akteure durch ihre Konzeptfähigkeit auszuzeichnen, die sie dazu befähigt, „vernünftige“ und interorganisational kommunizierbare – weil in der Regel schriftliche – Rationalisierungen ihres Handelns anzubieten. Solange bestimmte Handlungspraktiken institutionalisiert sind, sind (schriftliche) Konzepte weitgehend bedeutungslos. Zerfallen jedoch institutionelle Routinen, muß die zuvor implizite Handlungs rationalität nun in Form von Konzepten explizit gemacht werden. Vernünftig meint dann im hier verstandenen Sinne, daß die angebotene Handlungs rationalisierung auf die Geltungsgrundlagen der jeweiligen Adressaten Bezug nehmen muß und zwar dergestalt, daß sie auf anerkannte Problemdefinitionen reagiert, mögliche Problemlösungen adressiert und auf kollektiv geteilte Rationalisierungsmuster und gewandelte Legitimationsbedingungen rekurriert. Nur wenn dies gelingt, sind neue, explizit formulierte Handlungs rationalisierungen innerhalb eines bestimmten Bezugssystems anschlussfähig und erzeugen dort zumindest so viel Aufmerksamkeit, daß die Innovation in Augenschein genommen wird. Sind Innovationen dann institutionalisiert – also mit Systemvertrauen aufgeladen –, verlieren Konzepte wiederum an Bedeutung.

Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit dürften diese vier genannten Eigenschaften in entscheidendem Maße zum Aufbau strategischer Allianzen beigetragen haben. Und es dürfte der Aufbau einer solchen Allianz gewesen sein, über den sich erklärt, weshalb sich spezifische Alternativen wie etwa die ambulante Einzelbetreuung durchgesetzt haben, während andere potentielle Lösungen nach einer kurzen Erprobungsphase innerhalb der Jugendhilfe wieder ausgesiekt wurden. Die Antwort auf die am Anfang dieses Abschnitts gestellte Frage liegt damit ganz offensichtlich in bestimmten Qualitäten von Akteurshandeln, die sich jedoch nur entfalten konnten vor dem Hintergrund eines bestimmten „Möglichkeitshorizonts“, der bestimmt war durch das zufällige Zusammentreffen verschiedener historischer Entwicklungen, die in den Abschnitten 4.1 bis 4.3 kurz skizziert wurden. Umgekehrt bedeutet dies: Wäre die ambulante Einzelbetreuung 20 Jahre eher als Innovation in die Jugendhilfe eingebracht worden, so hätte es wahrscheinlich auch ein noch so strategiefähiger Akteur nicht vermocht, sie mit Systemvertrauen „aufzuladen“ – sie wäre sang- und klanglos in der „Mottenkiste“ der Geschichte verschwunden.

7 Resümee und Ausblick

Die simple kausale Verkoppelung von gesellschaftlichem Wandel, respektive eines Wandels der Lebensphase Jugend, wie sie eingangs geschildert wurde, greift also offensichtlich zu kurz, um die erfolgreiche Durchsetzung der ambulanten Einzelbetreuung plausibel

zu erklären. Vielmehr wird deren reproduktiver Erfolg erst dann verständlich, wenn man ihn in Bezug setzt sowohl zu bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen als auch zu Folgeproblemen innerhalb der Jugendhilfe, die aus dem allmählichen Legitimationszerfall repressiv-kustodialer Routinen resultierten. Erst vor diesem Hintergrund konnten bestimmte Qualitäten des Handelns von Akteuren zum Tragen kommen. Es war also, so betrachtet, das Zusammenspiel von strukturellen Dynamiken einerseits und bestimmten Handlungsstrategien andererseits, das den Erfolg der ambulanten Einzelbetreuung erklärt. Dieses Zusammenspiel läßt sich nunmehr als Anpassungsprozeß an endogen erzeugte Dysfunktionalitäten begreifen, der mittels systemeigener Ressourcen bewältigt wurde. Dagegen dürften tatsächliche Veränderungen in der Lebensphase Jugend vermutlich nur insofern für die Durchsetzung der ambulanten Einzelbetreuung eine Rolle gespielt haben, als sie neue Beschreibungen lieferten, an denen dann weitere Handlungsrationalisierungen anschließen konnten.

Abschließend bleibt noch auf eine Frage einzugehen, die zwar immer wieder implizit angeklungen ist, bisher aber noch nicht beantwortet wurde, die Frage nämlich, was trat oder tritt eigentlich an die Stelle traditioneller Leitbilder und der durch sie legitimierten Regelpraxis? Kontingenz und damit Beliebigkeit kann es nicht sein, denn diese wäre für alle Beteiligten nicht durchzuhalten. Was aber ist es dann? Greift man an dieser Stelle noch einmal auf STAHLMANN (vgl. 1994, S. 219ff.) zurück, so sind s. E. an die Stelle der zerfallenden alten Leitbilder insuläre Konsolidierungen von Deutungshorizonten getreten. Diese, so könnte man dann weiterhin argumentieren, formulieren, ohne das Bild einer idealisierten Gesellschaft zu bemühen und in ihrem Gültigkeitsanspruch begrenzt, neue Verhaltensstandards und auf Lebensbewältigung hin angelegte Handlungsrationalisierungen. Hierfür spricht u.a. die gegenwärtig zu beobachtende Vielfalt in der Heimerziehung: Etikettierungen wie „systemisch“, „mädchenparteilich“, „lebensweltorientiert“ usw. stellen hierbei Interpretationsmuster für die sozialpädagogische Praxis zur Verfügung, vermitteln Handlungsplausibilität und verhindern so ein Abgleiten in die Orientierungslosigkeit.

Gleichzeitig muß vieles, was früher implizit blieb, müssen nicht zuletzt Handlungsplausibilitäten, heute explizit gemacht werden. Auch deshalb gewinnen Konzepte an Bedeutung. Aber trotz dieser offensichtlich wachsenden Transparenz von Handlungsrationitäten will es scheinen, als ob die Trennung zwischen Formalität und Informalität in anderer Form wiederkehrt: Früher wurde im pädagogischen Alltag die Frage nach der „richtigen“ Erziehung vor allem darüber latent gehalten, daß Ziele und Methoden von Heimerziehung immer schon vorausgesetzt wurden. Heute gewinnt man gelegentlich den Eindruck, als ob diese Frage – weil schwer zu beantworten – konkret gar nicht mehr gestellt wird. Statt dessen wird auf das Konzept verwiesen, das Methoden und Ziele abstrakt formuliert. Im pädagogischen Alltag scheinen währenddessen zunehmend Umgangsweisen mit Jugendlichen zu dominieren, deren Bedeutung erst hinterher erkennbar wird. Zwar sind die Auswirkungen dieser „sensible foolishness“ – frei nach dem Motto: „I do not know in detail what is required, but I think it will be substantial“ (MARCH/OLSEN 1975, S. 75) – nicht umstandslos negativ zu beurteilen, aber sie werfen eine andere Frage auf: Kann man Erziehen zum Beruf machen, ohne zu wissen, was man tut?

Anmerkungen

- 1 Ich danke Christian KERST, Thomas KLATETZKI, Stefan SCHNURR, Christof WEHRSIG sowie verschiedenen anonymen Gutachtern für Kommentare, Einwände und weiterführende Hinweise zu früheren Fassungen dieses Aufsatzes.
- 2 So läßt sich der Untersuchung beispielsweise entnehmen, daß 1974 in Bayern noch 54% aller Mädchen in Heimerziehung in geschlossenen Gruppen untergebracht waren; ebenso, daß rund ein Viertel aller Heimgruppen in der Bundesrepublik bei staatlichen Trägern und in Trägerschaft des Caritas-Verbandes „geschlossen“ waren (vgl. HÜSKEN 1976, S. 458ff.). Neben solchen Einzelbefunden, die die Situation der Heimerziehung blitzlichtartig erhellen, finden sich in der Untersuchung eine Vielzahl weiterer Strukturdaten zur Heimerziehung in den 70er Jahren.
- 3 Die ambulante Einzelbetreuung stellt insofern eine entscheidende Neuerung innerhalb der Heimerziehung dar, als sie erstens mit dem über mehrere Jahrhunderte fast ausschließlich praktizierten Prinzip sozialpädagogisch gestalteter Gruppenerziehung bricht (vgl. SPÄTH 1988, S. 25), zweitens dezentral erbracht wird, also nicht mehr an einen bestimmten Ort gebunden ist, und drittens nur noch eine eingeschränkte Präsenz des Betreuungspersonals vorsieht (im Gegensatz zur „klassischen“ Heimerziehung, in der die Anwesenheit einer Aufsichtsperson rund um die Uhr gewährleistet ist).
- 4 Diese Ausarbeitung beruht in wesentlichen Teilen auf einer qualitativen Untersuchung, deren Ergebnisse ausführlich in HANSBAUER (vgl. 1999) nachzulesen sind. Basierend auf der Auswertung „praxisnaher“ Literatur sowie von insgesamt 23 Experteninterviews wird dort versucht, zu rekonstruieren, wie und aus welchen Gründen sich die Mobile Betreuung (MOB), die um 1980 eher zufällig entstanden ist, in der ersten Hälfte der 80er Jahre in der Jugendhilfe durchgesetzt und verbreitet hat. Die hier vorliegende Darstellung verzichtet bewußt auf illustrierende Interviewpassagen zugunsten einer dichten Beschreibung daraus abgeleiteter Theorieüberlegungen.
- 5 Natürlich gilt dies auch in umgekehrter Weise, insofern man – realistischerweise – nur wollen kann, was man meint, erreichen zu können; vgl. SCHIMANK 1995, S. 87.
- 6 Zur allgemeinen Unterscheidung von handlungsprägenden und handlungsfähigen Sozialsystemen, vgl. SCHIMANK 1985, S. 428ff. Zur Konstitution von Jugendhilfe als handlungsprägendem System, vgl. HANSBAUER 1999.
- 7 Kontingenz meint dabei einfach, um mit LUHMANN (1984, S. 47) zu sprechen, „es könnte auch anders möglich sein“.
- 8 Zur Unterscheidung von sozialen und nicht-sozialen Objekten, vgl. WHEELER 1974. Ähnlich HASENFELD (vgl. 1992).
- 9 Dazu an mehreren Stellen der Untersuchung von WENZEL (vgl. 1973), ebenso bei COLLA (vgl. 1973), der exemplarisch den Fall Frank WALD untersuchte.
- 10 Vgl. hierzu etwa die teilweise autobiographischen Schilderungen von Peter BROSCHE (vgl. 1971, S. 44ff.) und Wolfgang WERNER (vgl. 1975) über das Leben in Fürsorgeheimen.
- 11 STAHLMANN selbst definiert solche Leitbilder wie folgt: „In ihnen kumulieren tradierte Wissensbestände und Menschenbilder, schlagen sich gesellschaftliche Tendenzen und fachspezifische Inhalte nieder. Sie transportieren normative Ansprüche und stellen Deutungs- und Interpretationsmuster in bezug auf die pädagogische Praxis zur Verfügung [...] Abhängig sind diese Leitbilder von dem jeweiligen historischen Entwicklungsstand der Gesellschaft und der eigenen Disziplin. Da sie latent oder manifest ein bestimmtes Bild gesellschaftlicher Wirklichkeit tradieren, haftet ihnen immer auch etwas Ideologisches an“ (STAHLMANN 1994, S. 202). Das nach STAHLMANN in der Heimerziehung lange Zeit dominierende Leitbild war das „christlich-caritative“, das aber bereits um die Jahrhundertwende um andere Leitbilder ergänzt wurde, die zumindest in Teilbereichen der ehemaligen Fürsorgeerziehung das vorherrschende Leitbild ablösen oder überformen. Vor allem das „christlich-caritative“ Leitbild orientierte sich in seinem Kern an ständisch-patriarchalischen Vorstellungen. Es korrespondierte deshalb in der konkreten Praxis der Anstaltserziehung mit einem Leitungsverständnis, das in der Regel ebenfalls patriarchale Züge aufwies und alle relevanten Kontroll- und Entscheidungsbefugnisse in der Person des Heimleiters oder Hausvaters vereinte. Gegenüber der Klientel dominierten dagegen eher kustodial-repressive Routinen mit einem deutlichen Übergewicht disziplinierender Interventionen. Ohne diesen Aspekt an dieser Stelle weiter vertiefen zu wollen, wird hier also – anders als beispielsweise bei THIERSCH in einem frühen Aufsatz, in dem zwar die Praxis der Heimerziehung auf der Folie der „Totalen Institution“ analysiert, darin aber „die reale und ideologische Perversion des ursprünglich intendierten Konzepts Heimerziehung“ gesehen wird (vgl. THIERSCH

- 1973, S. 65) – davon ausgegangen, daß sich in der Praxis der Heimerziehung die vorherrschenden Leitbilder jener Zeit widerspiegeln.
- 12 Wie selbstverständlich solche „Normalitätskonstrukte“ hinter den Erziehungszielen waren, spiegelt sich selbst noch in den 80er Jahren in empirischen Wirksamkeitsuntersuchungen zur Heimerziehung: So wird beispielsweise in den Untersuchungen von PONGRATZ/HÜBNER (vgl. 1959), KRUSE (vgl. 1988) und BÜRGER (vgl. 1990) allesamt nach legaler, beruflicher und (teilweise) sozialer *Bewährung* gefragt, was natürlich nur möglich ist, wenn man mit Normalitätsunterstellungen operiert.
 - 13 Die wesentlichsten der in diesem Zeitraum veröffentlichten Vorschläge für eine Reform der Heimerziehung finden sich zusammengefaßt in BÄUERLE/MARKMANN (vgl. 1978).
 - 14 In ähnlicher Form findet sich diese Argumentation bereits in KUHNs Buch (1967) zur „Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“.
 - 15 In der Berufsfeldstudie von GÜNTHER/BERGLER (vgl. 1992, S. 55f.) zur Situation von Mitarbeitern in der stationären Jugendhilfe werden immerhin von rund einem Drittel des Personals in der vollstationären Gruppenbetreuung die Auswirkungen der Arbeitstätigkeit als positiv auf die eigene Gesamtlebenssituation eingeschätzt, auch wenn gleichzeitig viele andere – in erster Linie aus bestimmten Tätigkeitsmerkmalen resultierende – Belastungen kritisiert werden. Als zentraler Grund für diese positive Einschätzung wird u.a. der Einklang zwischen persönlichen Wertorientierungen und beruflichen Anforderungen genannt (vgl. GÜNTHER/BERGLER 1992, S. 55f.).
 - 16 In diesem Sinne auch die empirische Studie der „Planungsgruppe PETRA“ (vgl. 1987, S. 232).
 - 17 So hat sich die Zahl der Schulabgänger mit Hochschul- und Fachhochschulreife zwischen 1971 und 1980 von 102.500 auf 218.000 erhöht, die der Realschulabgänger von 199.800 auf 380.900 und die der Schulabgänger nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht (i.d.R. Hauptschule) von 490.200 auf 505.600 (vgl. Statistisches Bundesamt 1980, 1982). In relativen Anteilen ausgedrückt bedeutet dies: Machten die Schulabgänger mit Hochschul- und Fachhochschulreife 1971 erst einen Anteil von 12,9% aus, so waren es 1980 bereits 19,7%. Im selben Zeitraum sank der relative Anteil der Abgänger nach durchlaufener Vollzeitschulpflicht von 61,9% auf 45,8%.
 - 18 So erhöhte sich etwa alleine die Zahl der Studenten, die an bundesdeutschen Fachhochschulen im Fachbereich Sozialwesen eingeschrieben waren, von 22.793 im Jahr 1975 auf 33.034 im Jahr 1984 (vgl. Statistisches Bundesamt 1986, S. 26).
 - 19 So stieg im Zeitraum von 1970-1987 die Zahl der Erwerbstätigen in sozialpflegerischen Berufen von ca. 150.000 auf 400.000 Personen (selbst, wenn dabei unterschiedliche Datenquellen zugrunde gelegt werden). Ihre Zahl hatte sich also während eines Zeitraums von 17 Jahren – mit einer in der Geschichte der sozialen Berufe bis dahin unbekannten Dynamik – beinahe verdreifacht (vgl. RAUSCHENBACH 1990, S. 276).
 - 20 Vor allem die repräsentativen Jugendstudien (z.B. Shell, SINUS) in den 70er und 80er Jahren hatten deutlich gemacht, daß sich die psychosoziale und soziokulturelle Verselbständigung von Jugendlichen gegenüber den 60er Jahren lebensphasisch nach vorne verlagert hatte. D.h. Jugendliche hatten immer früher teil an zentralen gesellschaftlichen Bereichen wie Konsum, Reisen, Medien oder Sexualität, so daß das Informations- und Erfahrungsmonopol der Erwachsenengeneration allmählich schwand.
 - 21 Bis zum Inkrafttreten des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) erfolgte, noch auf der gesetzlichen Grundlage des Jugendwohlfahrtsgesetzes (JWG), die Durchführung der sog. FE- und FEH-Maßnahmen über die Landesjugendämter.
 - 22 Dabei zu berücksichtigen sind natürlich lokale Ungleichzeitigkeiten, so daß sich dieser Prozeß insgesamt sehr unübersichtlich darstellt. Beispiele für solche Konflikte finden sich in HANSBAUER (vgl. 1999).
 - 23 So stellt SCOTT (1986, S. 365) in Anlehnung an PARSONS etwa zu Recht fest: „Organisationen können Ressourcen nicht fordern: sie erhalten sie letztlich wegen und aufgrund des Wertes, den externe Gruppen den von ihnen dargebotenen Gütern und Leistungen beimessen.“
 - 24 Zu erwähnen sind hier beispielsweise Versuche in Hessen im Rahmen der „Heilpädagogischen Intensivbetreuung“ (SANDER 1988) oder – allgemeiner – der Versuch einer „Therapeutisierung“ von Heimerziehung.
 - 25 LOUBAT, ein Vertreter der französischen „analyse institutionelle“, formulierte hierzu einmal treffend: „Der umgangssprachliche Ausdruck ‚von einem Tag auf den anderen leben‘ – mit dem pejorativen Einschlag, der in ihm mitschwingt – bringt uns wieder zu Bewußtsein, daß die soziale Ordnung darin besteht, die Orte, Augenblicke und Verhaltensweisen zu standardisieren und damit alle unerwarteten

Veränderungen – das *Abenteuer* – an den Rand zu drängen. Der *Abenteurer* ist die typische Figur, die „von einem Tag auf den anderen lebt“, dessen Aktionen *ohne Morgen* sind, der seinen Reichtum in den Zufall investiert und dessen Verhalten in jeder Situation unberechenbar ist“ (LOUBAT 1988, S. 34).

- 26 Deutlich zu beobachten ist dies, wenn beispielsweise einzelne Sozialarbeiter in Jugendämtern neue Maßnahmen oder Einrichtungen – im wahrsten Sinne des Wortes – zunächst ausprobieren und diese Maßnahmen dann später von anderen Sozialarbeitern übernommen werden.

Literatur

- ALMSTEDT, M./MUNKWITZ, B. (1982): Ortsbestimmung der Heimerziehung. – Weinheim.
- Arbeitsgruppe Bielefelder Jugendforschung (1990): Das Individualisierungs-Theorem. Bedeutung für die Vergesellschaftung von Jugendlichen. In: HEITMEYER, W./OLK, T. (Hrsg.): Individualisierung von Jugend. – Weinheim, S. 11-34.
- AREND, D./HEKELE, K./RUDOLPH, M. (1986): Sich am Jugendlichen orientieren. Konzeptionelle Grundlagen und Erfahrungen aus der Mobilen Betreuung (MOB) des Verbundes Sozialtherapeutischer Einrichtungen Celle. – Frankfurt/M.: IGfH-Eigenverlag.
- ARIELI, M. (1991): Caring for „Problem“ Children in the Increasingly Open Residential Setting. In: GOTTESMAN, M. (ed.): Residential Child Care. An International Reader. – London, pp.1-10.
- BÄUERLE, W./MARKMANN, J. (1978): Reform der Heimerziehung. Materialien und Dokumente, zusammengest. im Auftrag d. Intern. Gesellschaft f. Heimerziehung. – Neuaufl. – Weinheim.
- BECK, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. – Frankfurt/M.
- BECKER, H. (1983): Bildungspolitik. In: BENZ, W. (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland. – Bd. 2: Gesellschaft. – Frankfurt/M., S. 324-350.
- BLANDOW, J. (1987a): Heimerziehung in den 80er Jahren. Entwicklungstendenzen und Perspektiven. In: BLANDOW, J. u.a. (Hrsg.): Heime in Bremen 2. – Bremen, S. 13-28.
- BLANDOW, J. (1987b): Heimerziehung in den 80er Jahren. Materialien und Einschätzungen zur jüngeren Entwicklung der Heimerziehung. In: PETERS, F. (Hrsg.): Jenseits von Familie und Anstalt. – Bielefeld, S. 28-49.
- BLANDOW, J. (1989): Heimerziehung und Jugendwohngemeinschaften. In: BLANDOW, J./FALTERMEIER, J. (Hrsg.): Erziehungshilfen in der Bundesrepublik Deutschland. Stand und Entwicklungen. – Frankfurt/M., S. 276-315.
- BÖHNISCH, L./SCHEFOLD, W. (1985): Lebensbewältigung. – München.
- BOURDIEU, P. (1990): Social Space and Symbolic Power. In: BOURDIEU, P.: In other Words. Essays Towards a Reflexive Sociology. – Cambridge, pp.123-139.
- BROSCH, P. (1971): Fürsorgeerziehung. Heimterror und Gegenwehr. – Frankfurt/M.
- BÜRGER, U. (1990): Heimerziehung und soziale Teilnahmekancen. – Pfaffenweiler.
- COLLA, H. E. (1973): Der Fall Frank. – Neuwied.
- DURKHEIM, E. (1961): Die Regeln der Soziologischen Methode. In: KÖNIG, R. (Hrsg.): Soziologische Texte. – Bd. 3. – Neuwied, S. 155-164.
- FERCHHOFF, W. (1993): Jugend an der Wende des 20. Jahrhunderts. – Opladen.
- FREIGANG, W. (1986): Verlegen und Abschieben. Zur Erziehungspraxis in Heimen. – Weinheim.
- GALUSKE, M./TEGETHOFF, H. G. (1993): Mietvertrag mit dem Sozialarbeiter. In: Neue Praxis, 23. Jg., H. 1/2, S. 62-78.
- GIDDENS, A. (1992): Die Konstitution der Gesellschaft [1987]. – Frankfurt/M.
- GÜNTHER, R./BERGLER, M. (1992): Arbeitsplatz Stationäre Jugendhilfe. – Frankfurt/M.: IGfH-Eigenverlag.
- GOFFMAN, E. (1961): Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen. – Frankfurt/M.
- HANSBAUER, P. (1996): „Mikrorationalitäten“ im Verwaltungsalltag. Dargestellt am Beispiel der „Hilfen zur Arbeit“ (§§ 18ff. BSHG) in einer Sozialverwaltung. In: Soziale Welt, 47. Jg., H. 1, S. 68-91.
- HANSBAUER, P. (1999): Traditionsbrüche in der Heimerziehung. – Münster.
- HASENFELD, Y. (1992): The Nature of Human Service Organizations. In: HASENFELD, Y. (ed.): Human Services as Complex Organizations. – Newbury Park, pp. 3-23.
- HEINEMANN, W./PETERS, F. (1987): Ambulant betreutes Einzelwohnen (ABE). Eine Herausforderung der Heimerziehung. In: Unsere Jugend, 39. Jg., S. 442-449.

- HEIL, P. M. (1984): Towards a Theory of Social Systems: Self-Organization and Self-Maintenance, Self-Reference and Syn-Reference. In: ULRICH, H./PROBST, G. J. B. (eds.): Self-Organization and Management of Social Systems. – Berlin, pp. 60-78.
- HEKELE, K. (1989): Mobile Betreuung. In: BLANDOW, J./FALTERMEIER, J. (Hrsg.): Erziehungshilfen in der Bundesrepublik Deutschland. – Frankfurt/M., S. 333-343.
- HEKELE, K./HEINEMANN, W. (1988): Das „Neue“ vor dem Hintergrund des „Alten“. In: PETERSEN, F. (Hrsg.): Jenseits von Familie und Anstalt. – Bielefeld, S. 167-190.
- HÜSKEN, H. (1976): Zur Situation der öffentlichen Erziehung in den Erziehungsheimen der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Untersuchung der äußeren Gegebenheiten der Erziehungsheime und der strukturellen Bedingungen ihrer Sozialisationsbereiche zum Zwecke der Überprüfung von Aussagen der „linken“ Heimkritik. Diss., Münster.
- JAPP, K. P. (1986): Wie psychosoziale Dienste organisiert werden. – Frankfurt/M.
- JAPP, K. P./OLK, T. (1981): Identitätswandel und soziale Dienste. In: Soziale Welt, 32. Jg., H. 2, S. 143-163.
- JOAS, H. (1992): Einführung: Eine soziologische Transformation der Praxisphilosophie. Giddens' Theorie der Strukturierung. In: GIDDENS, A.: Die Konstitution der Gesellschaft. – Frankfurt/M., S. 9-23.
- KORTE, H. (1983): Bevölkerungsstruktur und Entwicklung. In: BENZ, W. (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland. – Bd. 2: Gesellschaft. – Frankfurt/M., S. 13-34.
- KLATETZKI, T./WINTER, H. (1990): Zwischen Streetwork und Heimerziehung: Flexible Betreuung durch das Rauhe Haus in Hamburg. In: Neue Praxis, 20. Jg., H. 1, S. 1-16.
- KREFT, D./LUKAS, H. u.a. (1990): Perspektivenwandel der Jugendhilfe. – Bd. 2: Expertisentexte „Neue Handlungsfelder in der Jugendhilfe“. – Nürnberg.
- KRUSE, A. (1988): Die langfristige Entwicklung ehemaliger Heimkinder (2 Teile). In: Jugendwohl, 69. Jg., S. 157-165; S. 207-215.
- KUHN, T. S. (1967): Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. – Frankfurt/M.
- LEENEN, W. R. (1992): Der Arbeitsmarkt für Sozialarbeiter und Sozialpädagogen. Ein kritischer Rückblick auf die 80er Jahre. In: Neue Praxis, 22. Jg., S. 503-523.
- LOUBAT, J.-R. (1988): Institutionelle Analyse und Alltagsleben. In: WEIGAND, G./HESS, R./PREIN, G. (Hrsg.): Institutionelle Analyse: Theorie und Praxis. – Frankfurt/M., S. 34-54.
- LUHMANN, N. (1970): Institutionalisierung. Funktion und Mechanismus im sozialen System der Gesellschaft. In: SCHELSKY, H. (Hrsg.): Zur Theorie der Institution. – Düsseldorf, S. 27-41.
- LUHMANN, N. (1984): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. – Frankfurt/M.
- LUHMANN, N. (1989): Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität [1968]. – 3. durchges. Aufl. – Stuttgart.
- LUHMANN, N./SCHORR, K. E. (1982): Das Technologiedefizit der Erziehung und die Pädagogik. In: LUHMANN, N./SCHORR, K. E. (Hrsg.): Zwischen Technologie und Selbstreferenz. – Frankfurt/M., S. 11-40.
- MARCH, J. G./OLSEN, J. P. (1975): The Uncertainty of the Past: Organizational Learning under Ambiguity. In: European Journal of Political Research, Vol. 3, pp. 147-171.
- MARCH, J. G./OLSEN, J. P. (1989): Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics. – New York.
- MAYNTZ, R. (1988): Funktionelle Teilsysteme in der Theorie sozialer Differenzierung. In: MAYNTZ, R./ROSEWITZ, B./SCHIMANK, U./STICHWEH, R.: Differenzierung und Verselbständigung. – Frankfurt/M., S. 39-72.
- MÜNSTERMANN, K. (1981): Untersuchung der den Diakonischen Werken in Westfalen und Lippe angeschlossenen Heime für Kinder und Jugendliche in ihrer strukturellen, ökonomischen und qualitativen Entwicklung. In: MÜLLER-KOHLBERG, H./MÜNSTERMANN, K./SCHULZ, G.: Die Lernfähigkeit einer Institution: geleistete und ausstehende Reformen der Heimerziehung. – Frankfurt/M.: IGfH-Eigenverlag, S. 12-148.
- PARSONS, T. (1994): Akteur, Situation und normative Muster. – Frankfurt/M.
- PLAKE, K. (1978): Umweltstrategien und Strukturprobleme der Sozialisationsorganisation. In: Soziale Welt, 29. Jg., H. 3, S. 288-304.
- PLAKE, K. (1981): Die Sozialisationsorganisation. – Opladen.
- Planungsgruppe PETRA (1987): Analyse von Leistungsfeldern in der Heimerziehung. – Frankfurt/M.
- PONGRATZ, L./HÜBNER, H.-O. (1959): Lebensbewährung nach öffentlicher Erziehung. – Darmstadt.
- RAUSCHENBACH, T. (1990): Jugendhilfe als Arbeitsmarkt. In: PEUKERT, D. J. K. u.a.: Jugendhilfe. Historischer Rückblick und neuere Entwicklungen. – Materialien zum 8. Jugendbericht, Bd. 1. – München, S. 225-297.

- RAUSCHENBACH, T./BENDELE, U./TREDE, W. (1988): Mitarbeiter in der Jugendhilfe. Struktur und Wandel des Personals in sozialen Diensten. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 19. Jg., H. 3, S. 163-197.
- RAUSCHENBACH, T./SCHILLING, M. (1997): Das Ende der Fachlichkeit? Soziale Berufe und die Personalstruktur im vereinten Deutschland. In: Neue Praxis, 27. Jg., H. 1, S. 22-54.
- SANDER, G. (1988): Die Entwicklung der unterschiedlichen Betreuungsformen in der Heimerziehung unter Berücksichtigung der individualisierenden Hilfeformen. Versuch einer Standortbestimmung der Heimerziehung. In: EREV-Fortbildungsbrief, 29. Jg., H. 3/4, S. 4-22.
- SCHIMANK, U. (1985): Der mangelnde Akteurbezug systemtheoretischer Erklärungen gesellschaftlicher Differenzierung. Ein Diskussionsvorschlag. In: Zeitschrift für Soziologie, 14. Jg., S. 421-434.
- SCHIMANK, U. (1988): Gesellschaftliche Teilsysteme als Akteurfiktionen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 40. Jg., H. 3, S. 619-639.
- SCHIMANK, U. (1995): Teilsystemevolutionen und Akteurstrategien: Die zwei Seiten struktureller Dynamiken moderner Gesellschaften. In: Soziale Systeme, 1. Jg., H. 1, S. 73-100.
- SCHIMANK, U. (1996): Theorien gesellschaftlicher Differenzierung. – Opladen.
- SCHRAPPER, C. (1990): Voraussetzungen, Verlauf und Wirkungen der „Heimkampagnen“. In: Neue Praxis, 20. Jg., S. 417-428.
- SCHÜTZE, F. (1992): Sozialarbeit als „bescheidene“ Profession. In: DEWE, B./FERCHHOFF, W./RADTKE, F.-O. (Hrsg.): Erziehen als Profession. – Opladen, S. 132-170.
- SCOTT, R. W. (1986): Grundlagen der Organisationstheorie. – Frankfurt/M.
- SCOTT, R. W. (1994): Institutions and Organizations. Toward a Theoretical Synthesis. In: SCOTT, R. W./MEYER, J. W. (eds.): Institutional Environments and Organizations. – Thousand Oaks, pp. 55-80.
- SPÄTH, K. (1988): Die Entwicklung der unterschiedlichen Betreuungsformen in der Heimerziehung unter besonderer Berücksichtigung der individualisierenden Hilfeformen. In: EREV-Fortbildungsbrief, 29. Jg., H. 3/4, S. 23-31.
- STAHLMANN, M. (1994): Von „Großen“ und „Kleinen“ Erzählungen in der Heimerziehung. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit, 25. Jg., H. 3, S. 201-230.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1980): Statistisches Jahrbuch 1980 für die Bundesrepublik Deutschland. – Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1982): Statistisches Jahrbuch 1982 für die Bundesrepublik Deutschland. – Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (1986): Studenten und Studienanfänger 1975-1984. Arbeitsunterlage. – Wiesbaden.
- THIERSCH, H. (1973): Institution Heimerziehung. Pädagogischer Schonraum als totale Institution. In: GIESECKE, H. (Hrsg.): Offensive Sozialpädagogik. – Göttingen, S. 56-69.
- WENZEL, H. (1973): Fürsorgeheime in pädagogischer Kritik. Eine Untersuchung in Heimen für männliche Jugendliche. – 2. Aufl. – Stuttgart.
- WERNER, W. (1975): Vom Waisenhaus ins Zuchthaus. – Frankfurt/M.
- WEYER, J. (1993): System und Akteur. Vom Nutzen zweier soziologischer Paradigmen bei der Erklärung erfolgreichen Scheiterns. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 45. Jg., S. 1-22.
- WHEELER, S. (1974): Die Struktur formal organisierter Sozialisationsanstalten. In: BRIEM, O. G./WHEELER, S.: Erwachsenen-Sozialisation. – Stuttgart, S. 53-125.
- WOLF, K. (1995): Veränderungen in der Heimerziehungspraxis: Die großen Linien. In: WOLF, K. (Hrsg.): Entwicklungen in der Heimerziehung. – 2. Aufl. – Münster, S. 12-64.
- WOLFFERSDORFF, C. v. (1993): Wandel der Jugendhilfe – Mehr als nur ein Wort? In: Neue Praxis, 23. Jg., H. 1/2, S. 42-62.
- WOLFFERSDORFF, C. v./SPRAU-KUHLEN, V. (1990): Geschlossene Unterbringung in Heimen. Kapitulation der Jugendhilfe? – München.
- ZUCKER, L. G. (1977): The Role of Institutionalization in Cultural Persistence. In: American Sociological Review, Vol. 42, pp. 726-743.

Anschrift des Verfassers: Dr. Peter Hansbauer, Gehrenberg 17, 33602 Bielefeld, Tel./Fax: 0521-133384.